

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

222 (23.9.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 6.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 6 M monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Explosionskatastrophe in der Anilinfabrik

Ll. Ludwigshafen, 22. Sept. (Drahtbericht.) Die Direktion der Badischen Anilin- und Soda-fabrik teilt, werden die Meldungen von der Katastrophe, die das Oppauer Werk heimlich, und die ohnedies schwer genug ist, in den Schilderungen der Presse vielfach stark übertrieben, weswegen sie an die Presse die dringende Bitte richtet, nur verbürgte Tatsachen mitzuteilen. Nach den bis gestern abend zugegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 244 Tote zu beklagen; mit einer weiteren Vermehrung der Zahl der tödlich Verunglückten ist zu rechnen, zumal ungefähr 70 Leute vermisst sind. Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik Oppau zerstört sei, ist unrichtig. Die eigentlichen Fabrikeinrichtungen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Die Direktion hofft, daß die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Wochen wieder aufgenommen werden kann. In den Werken Ludwigshafen geht der Betrieb ungehindert weiter.

Die Schäden in Mannheim

Ll. Mannheim, 22. Sept. Zu den Wirkungen der Katastrophe in Mannheim erfahren wir noch, daß der Schaden in die Millionen geht. Der Hauptteil entfällt auf die zerstörten Schaufenstergehäusen. So wurden die mächtigen Fenster des Warenhauses Rander bis unter das Dach zerstört. Auch die beiden großen Mannheimer Warenhäuser litten großen Schaden. Schwer haben auch die Kirchen gelitten. Bei der Jesuitenkirche ist die Verglasung der Kuppel zerstört. Am schwersten ist die Marienkirche an Luisenring mitgenommen worden, in deren Innerem neben zerbrochenen Glasfenstern auch das steinerne Maßwerk der Fenster gemorren wurde. Auch mehrere Fenster der Heiliggeistkirche und der Kirche des katholischen Bürgerhospitals gingen in Trümmer. Sämtliche Fenster der evangelischen Kirchen und der Johanniskirche, zum Teil mit wertvollen Glasgemälden wurden zerstört. Dasselbe gilt vom Nationaltheater, in dem der eiserne Vorhang eingedrückt wurde. Auf dem Bahnhof wurden große Verwüstungen, besonders auch in den Gebäuden angerichtet. In Mannheim fielen drei Menschenleben der Explosion zum Opfer. Bei Benz u. Cie. schätzte man die Zahl der Schwerverwundeten auf 30 und der Leichtverwundeten auf 80 bis 100; bei der Firma Popp u. Neuter wurden durch Zerstörung der Oberlichtfenster 2 schwere und 35 leichte Verletzungen herbeigeführt. Im Industriehofen wurden 3 Arbeiter der Firma Landauer durch Zusammensturz erst vor kurzem erstellter Hallen getötet und 14 Personen verletzt.

Die Schäden in Heidelberg

D3. Heidelberg, 22. Sept. Nach amtlicher Schätzung sind in Heidelberg etwa 150 Häuser durch Zerstörung der Fenster-scheiben in Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden wird auf 6-700 000 M geschätzt.

Aus Oppau

Wie weiter aus Oppau gemeldet wird, ist das Explosions-unglück in seinen Folgen bisher noch nicht zu übersehen. Jedes Haus und jede Familie ist in Mitleidenschaft gezogen durch materielle Schäden an Eigentum. Sehr groß ist auch die Zahl derer, die bei dem Unglück Körperverletzungen davontrugen. Die Zerstörung der Häuser in Oppau ist eine derartige, daß kaum 20 Proz. wieder aufgebaut werden können. Rund 80 Proz. aller Häuser müssen vollständig niedergebrochen werden. Zahlreiche Gebäude sind direkt auseinandergebrochen. An einzelnen Häusern hängen die Wetzläden und Matratzen aus den Löchern heraus. Die Fabrik bietet den Anblick graufiger Zerstörung. Das Oppauer Werk ist schwer mitgenommen. Der 2000 Ztr. schwere Deckel des Gasometers wurde durch die Gewalt der Explosion ca. 800 Meter weit ins Feld geschleudert. Mauerblöcke von 6-7 Ztr. Schwere, 12 Meter lange Eisenbahnschienen flogen 4-50 Meter weit. Ein Transformator von 200 Ztr. Gewicht wurde über den Rhein geschleudert. Wie man erfährt, sind außer 4000 Tonnen Ammoniumsalzsalpeter auch neun große Gasometer in die Luft geflogen, von denen einer 50 000 Kubikmeter Gas enthielt. Aus dem Trichter der Explosion brodelte das Grundwasser hervor. Ueber die Ursache des Unglücks wurde noch nichts festgestellt. An dem Rettungsversuch ist alles beteiligt, was ein Herz in der Brust hat. Die Wege nach Oppau sind überfüllt von Fuhrwerken, die heranzubringen, was die Not erheißt. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Verbandstoffen und Medikamenten. Auch über wirtschaftliche Schäden läßt sich noch nichts bestimmtes sagen.

Die Hilfsaktion

Ll. Ludwigshafen, 22. Sept. (Draht.) Der Stadtrat der heute mittag zusammengetreten war, hat die Bildung eines großen pfälzischen Komitees beschlossen, das sich zwecks einer Hilfsaktion an das ganze Reich wenden wird. Minister Oswald, der bayerische Sozialminister, ist ebenfalls eingetroffen und brachte als erste Geldspende aus München 100 000 M. Der Regierungspräsident der Pfalz stellte aus der Prinzregenten-Stiftung 125 000 M zur Verfügung. Der rührigen

Zusammentritt des Reichstages

Berlin, 22. Sept. Der Reichstag wird am Dienstag zusammentreten; jedoch soll der volkswirtschaftliche Ausschuss schon heute nachmittag mit seinen Arbeiten beginnen.

Strefemann für Zusammenarbeiten

Braunschweig, 22. Sept. Dr. Strefemann erklärte gestern abend in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei, daß er bereit sei, mit den Sozialdemokraten in der Reichsregierung zusammenzuarbeiten. Die Reichstagsfraktion stehe hinter ihm.

Tätigkeit der Pfälzischen Rundschau ist ebenfalls gelungen, 150 000 M zu sammeln; weitere Zeichnungen laufen stündlich ein.

W.B. Berlin, 22. Sept. Die preussische Regierung hat zur Milderung des durch das Oppauer Unglück entstandenen Notstandes eine Million Mark der bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt.

W.B. Mainz, 22. Sept. Wie mitgeteilt wird, hat der franz. Oberkommissar in den Rheinlanden, Tirard, den Arbeitervereinigungen in Ludwigshafen als erste Beihilfe für die Familien der Opfer des Unglücks in Oppau 75 000 M überreicht lassen.

W.B. Berlin, 22. Sept. Der Reichspräsident hat aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000 M dem Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe in Oppau überwiesen.

W.B. Berlin, 22. Sept. Die Reichsregierung hat 10 Millionen M zur Milderung der Not der von der Explosionskatastrophe in Oppau betroffenen Personen beim Reichstag und Reichstag angefordert.

Die Beisehung

Ll. Ludwigshafen, 22. Sept. Die hiesige Leichenhalle, in der die Toten des Explosionsunglücks untergebracht sind, bietet ein entsetzliches Bild. Bei verschiedenen Leichen fehlt ein Teil des Kopfes, Arme und Beine sind weggerissen. Schredlichen Eindruck machte es, als gegen 5 Uhr vier Miefenlastwagen mit Schrägen durch Ludwigshafen nach der Explosionsstätte fuhren. Es waren etwa 50 Särge auf jedem Wagen, roh zusammengepackte Bretter, kaum mit etwas Farbe angestrichen. Der Transport sah, der dachte der armen Opfer, die in stührender Manneskraft so jah ums Leben gekommen sind. Die Beisehung der ersten Opfer findet am Freitag vormittag um 9 Uhr statt.

Ein Stimmungsbild

Ein Parteigenosse aus Karlsruhe, der zur Zeit der Katastrophe in Mannheim war, berichtet uns:

Früh 12 Uhr. Ich war gerade im Begriff, mein im vierten Stock gelegenes Hotelzimmer zu verlassen. Die Türflinte in der Hand, erscholl plötzlich eine furchtbare Detonation. Die geflüchteten Fenster meines Zimmers wurden an die Wand geschleudert, die Decke bog sich nach innen, als wollte sie zusammenbrechen. Ich kammerierte mich an den Tiefposten. Da erfolgte eine zweite, bedeutend stärkere Detonation. Durch den Luftdruck wurde ich auf den Korridor geschleudert. Wer nicht im Feld die schweren Wunden und großkalibrigen Geschosse freipieren hörte, kann sich nur schwer eine Vorstellung von dem entsetzlichen Getöse machen. Im Hotel herrschte die größte Panik. Männer und Frauen, notdürftig bekleidet, schrien verzweifelt auf den Gängen. Die meisten glaubten an ein Erdbeben, da fast alle Gänge aus dem Bett geschleudert waren. Wer angezogen war, suchte so schnell wie möglich die Straße zu gewinnen. Draußen sah es entsetzlich aus. Sämtliche Fenster waren eingedrückt, teilweise sogar die Fensterrahmen herausgerissen. Die eisernen Rolläden an den Schaufenstern waren vom Luftdruck nach außen gebogen. Fußböden lagen die Glascherben auf den Bürgersteigen. Frauen liefen weinend und zitternd durch die Straßen. Überall sah man bleiche angstvererrte Gesichter. Kein Mensch mußte, was geschah. Gerade diese Ungewissheit steigerte das Entsetzen.

Da kam die Nachricht, daß die Anilinfabrik in Ludwigshafen in die Luft geflogen sei. Ich setzte mich in ein Auto und fuhr nach der Unglücksstätte. Auf dem Wege dorthin überall das gleiche Zerstörungsbild. An der Rheinbrücke kamen uns die ersten Verwundeten entgegen, notdürftig verbunden und über und über mit einem grünlichen Schlamm bedeckt, der mit den frischen Blutflecken einen entsetzlichen Kontrast bildete. Ganz zur Unglücksstelle vorzudringen war nicht möglich, da alles in Rauch und giftige Gase gehüllt war. Von den Verwundeten mußte keiner, was geschah. Alle erzählten einstimmig, sie seien vom Luftdruck zu Boden geschleudert worden.

Vor der Unglücksstätte spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Frauen schrien nach dem Mann, Kinder nach dem Vater. Zwischen all dem Schredlichen mußte man das Kameradschaftsgefühl der Arbeiter bemerken. Verwundete waren am eifrigsten, schwerverwundete Kameraden nach der Verbandstelle zu tragen. Familienväter, die sicherlich an ihre zitternde Familie dachten, stellten ihre eigene Not hinter die der hilfsbedürftigen, schwerverwundeten Kameraden. Die Verwundungen waren furchtbar. Dem einen war das Gehirn bloßgelegt, dem andern der Leib zerrissen, diesem fehlte das Bein, dem andern der Arm. Die ärgste Schmach hätte nicht granziger wüten können. Sämtliche verfügbaren Autos konnten trotz ununterbrochenen Fahrens die Verwundeten nicht bergen.

Tief erschüttert fuhr ich nach Mannheim zurück, im Geiste denjenigen fluchend, die dem Proletariat, der Leben und Gesundheit dem Kapital um Opfer bringen muß, kein auskömmliches Dasein gönnen. Als ich ausstieg, kamen zwei Damen der sogenannten „besseren Gesellschaft“ aus dem Hotel, aufgedonnert und parfümiert. „Es ist zu dumme“ — meinte die eine — „daß gerade heute die Geschichte passieren muß und — die Rode-schau heute abend ausfällt“. Ich hätte Weiden am liebsten eins auf den Strohhalm gegeben.

Frankreich und England in der Frage der Sanktionen einig

Paris, 22. Sept. Aus London wird der Havasagentur mitgeteilt: Der französische Botschafter in London hat sich ins Auswärtige Amt begeben. Er hat mit dem zuständigen Staatssekretär die Frage der Sanktionen beraten und festgestellt, daß der englische Standpunkt hinsichtlich der Modalitäten fähbar derselbe ist wie der französische Standpunkt. Es sind nur noch die Detailsfragen zu lösen.

Koalitionspolitik und Einigung

G. Sch. Berlin, 21. September.

Nach einer ebenso interessanten wie durchaus sachlich geführten Debatte, die vom Ernst der politischen Situation getragen war, hat gestern der Parteitag eine Entscheidung gefaßt, die sowohl für die Partei wie auch für die inner- und außerpolitische Entwicklung der deutschen Republik von großer Bedeutung sein kann; die Entscheidung über die Beteiligung an parlamentarischen und Regierungskoalitionen. In der Praxis ist im Reich wie in Bundesstaaten ja schon geübt worden, wenn auch ohne vorherige Parteitagbeschlüsse, was gestern eine Vierfünftelmehrheit auf dem Parteitag gefunden hat. Als im Herbst 1918 die deutsche Katastrophe sich heranzog, trat die Sozialdemokratie im kaiserlichen, also monarchistischen Deutschland in das Koalitionskabinett des Prinzen Max ein. Nachdem sie kurze Zeit zunächst mit den Unabhängigen und dann einige Wochen allein die Regierung gebildet hatte, zwang der Wahlausfall zur Nationalversammlung die Partei, wiederum ins Koalitionskabinett einzutreten. Eine sozialistische Mehrheit hatten die Wahlen nicht gebracht, die junge Republik bedurfte dringend des verfassungsrechtlichen Fundaments, das zu bauen die Sozialdemokratie unter keinen Umständen einer bürgerlichen Koalition überlassen durfte. Der Schaden, den schon damals und seitdem die sprichwörtliche Koalitionspolitik der Unabhängigen angerichtet hat, wird erst in harter und langwieriger Arbeit wieder gut gemacht werden können.

Dann kamen die Juniwahlen 1920. Die Vorgänge vor und während der Wahlen, weniger der Wahlausfall selbst, veranlaßten die Sozialdemokratie, zunächst nicht in eine Koalition einzutreten. Die Republik war einigermassen fundamentalisiert und man konnte es schon eher wagen, vorübergehend die bürgerlichen den Beweis führen zu lassen, daß sie ohne die Sozialdemokratie nicht nur sehr schlecht, sondern auf die Dauer überhaupt nicht regieren können. Und als das Minimum der Entente kam, das wir der bürgerlichen Politik mit zu verdanken haben, waren die bürgerlichen Parteien am Ende. Man hat darum, „rote Ketten“ wieder anlegen zu dürfen. Im Mai d. J. traten wir wieder in eine Koalitionsregierung ein, unter Ablehnung der Forderung, die Deutsche Volkspartei mit in diese Koalition aufzunehmen.

Nun hat die innerpolitische Situation sich derart gestaltet, daß die Frage, welche Koalition die ungeheuren Aufgaben und Pflichten der nächsten Zeit erfüllen soll, entschieden werden muß. Nicht die jetzige Koalition im Reich, auch aus zu einer Mehrheit, so reicht sie nicht aus, um sicher den kommenden Anforderungen gerecht zu werden. Kann die Basis der Regierungskoalition verbreitert werden, muß es geschehen.

Am liebsten wäre natürlich uns Sozialdemokraten eine Ausdehnung der Koalition nach links, also Einbeziehung der Unabhängigen, während, wiederum ganz natürlich, Zentrum und Demokraten ihre Augen nach rechts, nach der Deutschen Volkspartei wenden, also zu der Partei hin, die die ausgesprochene Repräsentantin des großen Industrie- und Bankkapitals ist. Gelöst muß die heutige Spannung werden, ihre Fortdauer ist unmöglich. Daß die Sozialdemokratie sich nicht ausschalten lassen darf oder gar sich selbst ausschalten sollte, ist undistutabel. Was nach den Juniwahlen 1920 erklärlich und einige Zeit zur Not erträglich war, ist es heute nicht mehr. In der demokratischen Republik muß die Sozialdemokratie an allen verantwortlichen und einflussreichen Stellen mitarbeiten, in allen Machtpositionen im Reich, in den Staaten und Gemeinden vertreten sein. Da weder heute noch in der allernächsten Zeit die sozialistischen Parteien die Mehrheit im Volk erringen werden, ist die Koalitionspolitik gegeben. Wir allein können die Politik des Reichs und der Gliedstaaten nicht machen, die bürgerlichen aber auch nicht, wie die Erfahrung gezeigt hat. Also Koalitionspolitik mit solchen Parteien, mit denen man zur Erfüllung bestimmter Aufgaben und Pflichten zusammen arbeiten kann, wenn gewisse Sicherungen gegeben sind, daß diese Arbeit dem Volke des Volkes, der Sicherung und dem Ausbau der Republik und ihren demokratischen Einrichtungen dient.

Dazu hat sich nun gestern der Parteitag in namentlicher Abstimmung mit 290 gegen 67 Stimmen bekannt und gleichzeitig den sozialistischen Fraktionen in den Parlamenten die Ermächtigung erteilt, im Benehmen mit den berufenen Parteinstanzen je nach Bedarf und Notwendigkeit diese taktischen Entscheidungen zu treffen. Bisher mußten Fraktion und Parteivorstand auf Grund eigenen Beschlusses die Frage der Beteiligung an Koalitionen entscheiden, ein Zustand, der nicht mehr andauern konnte.

Ueberhaupt keine Koalitionspolitik zu treiben, dafür werden sich innerhalb der Partei nur vereinzelte Stimmen erheben. Die Opposition versucht vielmehr teilweise die Bewegungsfreiheit so einzuschränken, daß in dieser Bewegung weder Koalitions-noch überhaupt Politik getrieben werden könnte; ein Teil der Opposition stemmt sich aber nur gegen eine Koalition, in der neben unseren Genossen die Deutsche Volkspartei vertreten ist.

Weil die Volkspartei monarchistisch und ganz unberühmt und ausgesprochene Vertreterin des Großkapitals ist. Wer aber wagt ernstlich zu behaupten, daß das Zentrum oder die bürgerlichen Demokraten durchweg republikanisch sind? Und welcher Unterschied besteht, vom Standpunkt des Arbeiters und seiner wirtschaftlichen Bestrebungen und Ziele aus betrachtet, zwischen Kapitalisten, die dem Zentrum oder denen, die der Volkspartei angehören?

Treffend hat Gen. Seering gestern diese Frage in die kurze Form gefaßt: Welcher Unterschied besteht für den Arbeiter zwischen dem katholischen, politisch nach dem Zentrum orientierten Großkapitalisten Thyssen und dem protestantisch volksparteilichen Hugo Stinnes?

Was heute gegen die Volkspartei — mit Recht — eingewendet wird, haben wir — wiederum mit Recht — auch dem Zentrum vorgebracht. Und doch hat die gemeinsame Not von Land und Volk Zentrum und Sozialdemokratie in eine Koalition gezwungen, die ganz leidlich funktioniert.

Und wiederum eine Zwangslage und die Not kann auch die Volkspartei und Sozialdemokratie vorübergehend zu einer Koalition zur Erfüllung bestimmter Aufgaben veranlassen. Unter dem Zwange der harten Tatsachen hat sich das Zentrum z. B. zu Entscheidungen und Zugeständnissen bequemen müssen, die es noch von 5 Jahren entfernt von sich gewiesen hätte.

Im übrigen: die gewaltigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen sowohl der Gegenwart wie der Zukunft, wie sollen sie gelöst werden, wenn die politische Vertretung der Industrie und des sonstigen Kapitals von der Mitwirkung an vorbereitender und entscheidender Stelle ausgeschlossen bleibt?

Hier beginnt erneut die ungeheure Verantwortung der Unabhängigen. Leben sie weiter in politischer Schwäche, so werden die Schäden des verfallenen Volkes die Kraft des sozialistischen Wirkens, und sie werden den Einfluß des Bürgertums, weitere Fortschritt der Unabhängigen ist umso unverständlicher, weil sie doch inzwischen eingesehen haben, daß es sehr wohl im Interesse der Arbeiterklasse liegt, die Republik zu verteidigen, auch wenn uns alle ihre heutigen Einrichtungen nicht gefallen.

Der Parteitag hat hinsichtlich der so lebhaft besprochenen Einigungsfrage das getan, was selbstverständlich und vernünftig ist. Die Einigung wird heranzutreiben und bis sie sich vollziehen kann, können beide sozialistischen Parteien, wenn auch organisatorisch getrennt, doch gemeinsam wertvolle Arbeit leisten. Wir geben nichts von unseren sozialistischen Grundüberzeugungen auf, wir denken nicht daran, dem Wege zum Ziele abzuweichen oder ihn gar zu verlassen, aber wir müssen Bewegungsfreiheit in tatsächlicher Beziehung haben.

Die Sozialdemokratie muß in ihren Zielen und in dem Willen, sie zu erreichen, unerschütterlich und von strengster Konsequenz sein; bei ihren tatsächlichen Operationen aber muß sie die denkbar größte Bewegungsfreiheit haben. Und da hoffen wir, daß der Parteitag den Fehler, den wir früher so oft und zum eigenen Schaden begangen haben, nicht wiederholt, uns die Wege zur Durchführung der tatsächlichen Bewegungen selbst zu erschweren oder zu verarmen. Strenge Konsequenz im Ziel, aber auch höchste Bewegungsfreiheit für die Wege, um zum Ziele zu gelangen.

Die Regimentsfeiern in Sachsen

Das in Sachsen kategorisch ergangene Verbot von Regimentsfeiern ist, wie aus Dresden berichtet wird, durch eine Ergänzungsvorordnung insofern gemildert worden, als solche Feiern abgehalten werden dürfen, wenn gewährleistet werden kann, daß dabei in keiner Weise antirepublikanische Tendenzen ausgedrückt werden.

Parteienoffen! Stärkt den Wahlfond!

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Aber damit war das große Bedenken, daß jetzt ein Frau Einlaß begehrte, nicht gelöst. Die strengerer Brüder murmelten, und Koller, das Pfefferkorn, sprach: Sie ist die Witib jenes Landwehrwärters und Klosterknechters, der den kostbaren Kelch bei uns als Kriegsteuer erhob und höhnend dazu sagte: Gott ist nicht und trinkt nicht, was nützen ihm die goldenen Gefäße? Laßt ihr das Tor geschlossen!

Das war jedoch dem Abt nicht recht. Er suchte einen Ausweg. Die Beratung war stumm, sie sprachen hin und her. Der Bruder Bodo, da er hörte, daß von einer Frau die Rede, schlich leis von dannen und schloß sich in seine Zelle.

Da erhob sich unter den jüngeren einer und erbat das Wort. Spracher, Bruder Ekkehard, rief der Abt.

Und das wogende Gemurmel verstummte, alle hörten den Ekkehard gern. Er war jung an Jahren, von schöner Gestalt und festeren, der ihn schaute, durch sittige Anmut, dabei weise und beredt, von kühner, durchsichtiger Art und ein scharfer Gelehrter. An der Klosterkirche lehrte er den Virgilius, und wiewohl in der Ordensregel geschrieben stand: zum Börtner soll ein weiser Greis erwählt werden, dem geschicktes Alter das Irklüftigere unmöglich macht, damit die Ankommenen mit gutem Beispiel empfangen seien, so waren die Brüder eins, daß er die erforderlichen Eigenschaften besaß, und hatten ihm auch das Börtneramt übertragen.

Ein laun sichtsames Lächeln war über seinen Lippen ge-legen, die weil die Alten sich schritten. Jetzt erhob er seine Stimme und sprach:

Die Herzogin in Schwaben ist des Klosters Schirmvogt und gibt in solcher Eigenschaft als wie ein Mann. Und wenn in unserer Satzung streng geboten ist, daß kein Weib den Fuß über des Klosters Schwelle setze: man kann sie ja darübertragen.

Da heiteren sich die Stirnen der Alten, als wäre jedem ein Stein vom Herzen gefallen, beifällig nickten die Kapuzen, auch der Abt war des verständigen Wortes nicht unbewegtes und sprach:

Fürwahr, oftmals offenbart der Herr einem Jüngling das Dienstliche, Bruder Ekkehard, Ihr seid sanft wie die Taube,

Abrechnung mit den Deutschnationalen im Landtag

Trauerkundgebung für die Opfer von Oppau — Der Landtag hinter der Regierung gegen die Deutschnationalen — Ausschreitungen des Abg. Mager

Karlsruhe, 22. September.

Überfüllte Tribünen; Spannung auf den Gesichtern. Der Landtag vollzählig versammelt, die Regierungsbänke dicht besetzt. Ein großer Tag! Die gesamte innere Politik soll aufgerollt werden, die deutschnationalen Ankläger zurückgewiesen werden.

Es ist gelungen! Der Begründer der Interpellationen, der deutschnationale Abg. Dr. Mager, fand nur bei seiner Partei Anhang. Größeren Widerspruch rief dann schon der durch die Dinglinger Luftschiffhallen her—ührte Heidelberger Abgeordnete Mager hervor. Er trieb es bei der Erwiderung des Staatspräsidenten Teubert so toll und unterkühlt, daß eine große Aufregung entstand und das Haus seit Jahren nicht eine ähnliche tumultuöse Szene erlebt hat. Mager mußte in dieser Sitzung sogar drei Ordnungsrufe hinnehmen.

Auf Mager und Mager folgte zunächst der Innenminister Genosse Kimmels, der ihre sachlichen Unrichtigkeiten aufdeckte und sie ganz kräftig juckte. Das tat nicht minder auch der Staatspräsident, der vor innerer Erregung sogar mehrmals unter dem Beifall des Hauses die Faust auf den Regierungstisch niederfallen ließ.

So herrschte also gleich bei Beginn der Sitzung eine erregte Stimmung, die sich in vielen Zwischenrufen Luft machte und durch welche vor allem der Abg. Mager sehr schlecht abschnitt. Noch nie ist wohl ein Abgeordneter derartig moralisch geprügel worden, wie auch diesmal wieder dieser dreiste Vertreter der Deutschnationalen. Es scheint aber alles an ihm abzuprallen.

Dann folgte die Besprechung der Interpellation. Sehr wirksam operierte der Führer des badiischen Zentrums, der Abg. Dr. Schofer, der durch das reichhaltige Material, mit dem er der deutschnationalen Agitationsmethode auf den Leib rüde, und die rhetorische Gewandtheit, mit der er es vortrug, volle 1 1/2 Stunden das aufmerksame Ohr des Hauses und der Tribünen hatte.

Ihm folgte unser Genosse Marum. Er sprach kürzer wie Schofer, aber recht einbrudsvoll. Er ging der deutschnationalen Hege mit anderen Gründen nach und beleuchtete sie in ihrer Gefährlichkeit und Unwahrscheinlichkeit. Der Rat, den er dem früheren badiischen Großherzog gab, sich nicht zu deutschnationalen Machinationen mißbrauchen zu lassen, wird an geeigneter Stelle verstanden werden. Er fand die ungeteilte Zustimmung des größten Teiles des Hauses, als er den Deutschnationalen zurief, daß unsere Langmut ihnen gegenüber einmal ein Ende nimmt.

Mit kurzen, aber prägnanten Sätzen, die vor allem ein warmes Belenntnis zur demokratischen Republik enthielten, begnügte sich der Abg. und Staatsrat Schön von den Demokraten; der deutschnationale Abg. Kart versuchte dann sich gegenüber den Angriffen auf seine Partei zur Wehre zu setzen, er tat dies aber in sehr zurückhaltender und fast ängstlicher Form, so daß man den Eindruck hatte, ihm und seinen Parteifreunden war an diesem Tag, wie man zu sagen pflegt, die „Schneid“ abgelaufen. Um so lechteres Spiel hatte dann noch Abg. Gen. Dr. Kraus, der die Heidelberger Vorkommnisse ins wahre Licht rückte und die Hebertreibungen der bürgerlichen Presse zurückwies. Das tat er in prägnanter scharfer Form, jedoch er als lehrer Redner des Abends — es war inzwischen 10 Uhr geworden — die rednerischen und sonstigen Argumente der Koalitionsparteien gegen die Deutschnationalen recht gut führte.

Die Sitzung war zu Ende; sie hinterließ wohl allgemein den Eindruck, daß man bei uns gegenüber der deutschnationalen Gefahr auf dem Posten ist. Vorbeeren haben ihre Anhänger wiederum nicht gepflegt.

Sitzungsbericht

63. Sitzung.

Karlsruhe, 22. September.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.25 Uhr. Das Haus ist im Saale und auf der Tribüne voll besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Präsident des furchtbaren Explosionsunglücks in Oppau.

Viele Hunderte von Menschenleben sind der Katastrophe zum Opfer gefallen, grauenhafte Verwüstungen wurden angerichtet. Innerhalb weniger Sekunden sind hunderte Menschen das Opfer eines verhängnisvollen Genodes. Wir sprechen den Angehörigen unter verzichtes Weile aus. An dem deutschen Volke liegt es, die ganze Hilfsbereitschaft zugunsten der Verunglückten ins Feld zu führen. Das Haus erhebt sich zu Ehren der Opfer von den Plätzen.

Unter den Eingängen befinden sich eine Reihe von Gesuchen von Beamten um andere Einreihung in die badiische Besoldungsordnung, sowie ein solches badiischer Beamtenorganisationen bezüglich der Gewährung gleicher Teuerungszuschläge, wie sie die Reichsbeamten erhalten.

Eingegangen ist eine förmliche Anfrage der Abg. Mager (Soz.), Glöckner und Rehnert, ob die Regierung bereit ist, über das Verbot der „Freisauer Zeitung“ und dessen Aufhebung Auskunft zu geben. — Auf Antrag des Abg. Marum wird diese Anfrage mit den 3 Anfragen der Deutschnationalen Volkspartei erledigt werden.

Auf der Tagesordnung befinden sich die förmlichen Anfragen der Deutschnationalen Volkspartei folgenden Wortlauts:

1. Durch Verfügung des Reichsministers des Innern ist die „Süddeutsche Zeitung“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden. Die Maßnahme ist als ein Akt der Willkür gekennzeichnet, wie er in einem Rechtsstaat unmöglich sein sollte. Ferner ist durch das Verbot der „Süddeutschen Zeitung“ der Deutschnationalen Volkspartei und ihren Mitgliedern in Baden es unmöglich gemacht, sich jederzeit selbständig und unabhängig über politische Angelegenheiten vor der Öffentlichkeit zu äußern. Somit stellt die Maßnahme eine Anhebung der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit dar und steht im Widerspruch mit der Verfassung. Endlich steht die bezeichnete Maßnahme auch dadurch mit der Verfassung in Widerspruch, daß sie laut Äußerung der maßgebenden Persönlichkeiten von vornherein durchaus einseitig und parteiisch gemeint war. Welche Schritte hat die Badiische Regierung getan, um die Reichsregierung auf die Unrechtmäßigkeit und Gefahr ihrer Maßnahme aufmerksam zu machen? Welche Schritte hat die Regierung getan, um zu verhindern, daß Solches und Ähnliches nicht wiederholt wird?

2. Am 31. vorigen Monats haben in Heidelberg Demonstrationen stattgefunden, die in ihrer Auswirkung Tumultschäden im Gefolge gehabt haben. Ist die Regierung bereit, Auskunft zu geben, warum nicht durch Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden polizeilichen Machtmittel diesen Exzessen vorgebeugt wurde?

3. Laut amtlicher Mitteilung hat das Ministerium die in Konstanz für die nächste Zeit geplanten Regimentsfeste verboten. Begründet ist das Verbot mit der Besorgnis, diese Feste könnten politisch mißbraucht werden. Will die Regierung diese sehr allgemeine und dazu noch mißverständliche Begründung nicht erläutern? Sieht sie sich nicht dazu dringend veranlagt, durch die Besorgnis in den Verbot zu kommen, sie mache sich zur Handlangerin einseitiger Parteinteressen?

Die förmlichen Anfragen 1 und 2 der Deutschnationalen Volkspartei begründet:

Abg. Mager (D.N.L.): Es ist keineswegs zu bestreiten, daß der Reichspräsident das Recht hat, gewisse Paragraphen der Verfassung außer Kraft zu setzen. Die Verhältnisse im Reich machten aber eine solche Maßnahme wie jene vom 29. August nicht notwendig. Man hatte im Verlaufe des Sommers den Eindruck, daß die Reichsregierung eine immer schärfere Haltung gegen die Koalitionsparteien einnehmen wollte. Daß die Regierung den Anlaß des Nordes an Erbsberger benutzte, um die scharfen Maßnahmen gegen unsere Partei zu ergreifen, müssen wir als ein Unrecht bezeichnen. Die Regierung hatte aber Mißgeschick mit ihrer Verordnung, denn eine Reihe von Verboten von Zeitungen mußten wieder aufgehoben werden. Die badiische Regierung hatte aber noch nicht die Nase voll, sie verbot erst kürzlich die „Freisauer Zeitung“ wegen Abdruck eines Artikels aus dem „Tag“. Das Verbot ist aber von der Reichsregierung inzwischen aufgehoben worden. Das bedeutet eine Woffstellung der badiischen Regierung. Deren Autorität wird dadurch nicht gehoben.

aber Flug wie die Schlange, so soll ihr des eigenen Rats Vollstrecker sein. Wir geben Euch Dispens.

Dem Börtner schloß das Blut in die Wangen, er verbeugte sich, seinen Gehorsam anzudeuten.

Und der Herzogin weibliche Begleitung? frag der Abt weiter. Da wurde der Konvent eins, daß für diese auch die freimütigste Geheißauslegung keine Möglichkeit des Eintritts eröffne. Der hohe Einbold aber sprach: Die mögen in dessen zu den Klausnerinnen auf den Frenthügel gehen; wenn des heiligen Gallus Verbe von einer Landplage heimgeführt wird, soll die fromme Wiforad auch ein Teil daran leiden.

Der Abt pflog noch eine lange flüsternde Verhandlung mit Gerold, dem Schaffner, wegen des Vesperimbißes; dann stieg er von seinem Stuhle und zog mit der Bruder Schar den Gasten entgegen. Die waren draußen schon dreimal um des Klosters Umfriedung herumgeritten und hatten sich mit Olimp und Scherz des Wartens Ungebuld vertrieben.

In der Konvent: iustus germinatit kamen jetzt die einfältigen schweren Klänge des Lobliedes auf den heiligen Benediktus aus dem Klosterhof zu den Wartenden gezogen, das schwere Tor knarrte auf, heraus schritt der Abt, paarmweise langsame Ganges der Zug der Brüder, die beiden Reihen erwiderten sich die Strophen des Hymnus.

Dann gab der Abt ein Zeichen, daß der Gesang verstummte. Wie geht's Euch, Vetter Gerold, rief die Herzogin leichfertiger vom Hof, hab' Euch lange nicht gesehen. Hinkt Ihr noch?

Gerold aber sprach ernst: Es ist besser, der Ditt hinkt, als die Verbe. Vernehm des Klosters Beispruch.

Und er eröffnete die Bedingung, die auf den Eintritt geht. Da sprach Frau Hadwig lächelnd: So lang ich den Papier führe in Schwabenland, ist mir ein solcher Vorstoß nicht gemacht worden. Aber Eure Ordens Vorstoß soll von uns fern bleiben, welches geschähen: welchem der Brüder habt Ihr zugewiesen, die Landesberria über die Schwelle zu tragen?

Sie ließ ihr funkelnd Auge über die geistliche Heerchar streifen. Wie sie auf Koller, des Stammers unheimlich Schwärmeransicht traf, flüsterie sie leise der Grischin zu: Mög'lich, daß wir gleich umkehren!

Da sprach der Abt: Das ist des Börtners Amt, dort steht er. Frau Hadwig wandte den Blick in der Richtung, die des Abts Zeigefinger wies; gesenkten Auges stund Ekkehard; sie erschaute die finstige Gestalt im rotwangigen Schimmer der Fingergend, es war ein langer Waid, mit dem sie über die gedankenbewegten Züge und das wallende gelbliche Haupthaar und die breite Konjur streifte.

Wie lehren nicht um! nicht sie zu ihrer Begleiterin, und bevor der kurzhaflige Kämmerer, der meistens den guten Willen und das Zufälligkeiten hatte, vom Gaus herab um ihrem Schimmel genah war, sprang sie anmutig aus dem Wagen, trat auf den Börtner zu und sprach: — So tut, was Eure Amtes!

Ekkehard hatte sich auf eine Kniebe beonnen und gedachte mit Anwendung tadelloser Latins die sonderbare Freiheit zu rechtfertigen, aber wie sie stolz und getriebe vor ihm stand, versagte ihm die Stimme, und die Rede blieb, wo sie entkanden — in seinen Gedanken. Aber er war unterzogenen Mut und umschloß mit starken Armen die Herzogin, die schmeigte sich vergnüglich an ihren Träger und lehnte den rechten Arm auf seine Schulter. Frühlich schritt er unter seiner Bürde über die Schwelle, die kein Frauenfuß berühren durfte, der Abt ihm zur Seite, Kämmerer und Dienstmannen folgten, hoch schwangen die dienenden Anaben ihre Weisbrauchsfächer, und die Mönche wandelten in gedoppelter Reihe, wie sie gekommen, hinterdrein, die letzten Strophen ihres Lobliedes sungen.

Es war ein wunderfam Bild, wie es vor- und nachmals in des Klosters Geschichte nicht wieder vorkam, und ließen sich von Freunden unnützer Worte an den Mönch, der die Herzogin trug, entsprechende Bemerkungen antworten über das Verhältnis der Kirche zum Staat in damaligen Zeiten und dessen Aenderung in der Gegenwart.

Die Naturverständigen sagen, daß durch Annäherung lebender Körper unfaßbar wirkende Kräfte tätig werden, ausströmen, ineinander übergeben und selbständige Beziehungen herstellen. Das mochte sich auch an der Herzogin und dem Börtner heilighören; die weil sie sich in seinen Armen wiegte, gedachte sie leise: „Fürwahr, noch keinem hat Sankt Benedikt's Kapuze anmutiger gelesen als diesem“, und wie er im höchsten Klostergang seine Würde mit schüchternem Anstand absetzte, fiel ihm nichts auf, als daß ihm die Strede vom Tor bis hierher noch niemals so kurz vorgekommen.

Ich bin wohl schwer gefallen? sprach die Herzogin sanft. Hohe Herrin, Ihr möget ledlich sagen, wie da geschrieben steht: mein Joch ist sanft und meine Bürde ist leicht, war keine Erwiderung.

Ich hätte nicht gedacht, sprach sie darauf, daß Ihr die Worte der Schrift zu einer Schmeicheltrede anwendet. Wie heißt Ihr? Er antwortete: Sie nennen mich Ekkehard.

Ekkehard! Ich danke Euch! sagte die Herzogin mit anmutvoller Handbewegung. (Fortsetzung folgt.)

Redner befaßt sich dann noch mit dem seinerzeitigen Aufbruch der Regierung an das badische Volk. Auch da habe die Regierung Partei genommen gegen einen Teil badischer Bürger. Es ist unerhört, daß die Regierung so etwas tun konnte. Solche Maßnahmen sind ein zweifelhaftes Schwert. Wir protestieren gegen Maßnahmen, die dem Begriff eines Rechts- und Ordnungsstaates ins Gesicht schlagen. Des weiteren wendet sich der Redner gegen das Verbot des Tragens von Uniformen und der Regimentsfeste.

Die dritte Anfrage begründet Abg. Wager (D.M.): Der Freisinn der Reichsregierung hat gerade das Gegenteil bewirkt. Die Presse der Linksparteien hat Aufforderungen erlassen, die nicht an Deutlichkeit übrig lassen. Es gibt kein Blatt der Linksparteien, in dem zum Morde an Erzberger aufgefordert wurde. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Aber in den sozialistischen Blättern wurde zur Gewalt aufgefordert. Eine anständige Regierung hätte da einschreiten müssen. (Der Redner wird zur Ordnung gerufen.) Man hätte Vorzüge treffen müssen, daß jene Exzesse sich nicht ereignen. Ein großer Teil der Polizei war in Urlaub. Der Minister steht auf dem Standpunkt seiner Partei, daß das Erscheinen der Polizei als Herausforderung der Masse zu bezeichnen sei und deshalb hat er keine Vorzüge getroffen. Wer hat es verschuldet, daß das rechtzeitige Eingreifen der Polizei nicht herbeigeführt wurde?

Die Interpellation der Deutschnationalen beantwortet Minister Memmel:

Die Begründer der Interpellation haben außeracht gelassen, daß die Ursache der Vorgänge ein politischer Mord war und sie haben weiter außeracht gelassen, daß die Presse der Linksparteien einen Ton angeschlagen haben, der das Willen geschaffen hat, das den Mord zur Folge haben mußte. Die Demonstration in Heidelberg war eine Folge der Ermordung Erzbergers. Bei der Annahme, daß es sich um einen politischen Mord handelte, war die Erregung sehr groß. An der Demonstration beteiligten sich 7000 Personen. Trotz Zurückführung der Gewerkschaftsführer für ruhigen Verlauf der Demonstration waren Polizeigewalttaten bereit gestellt. Der Minister verweist den Bericht des Heidelberger Bezirksamts. Gegen die Kommunisten läuft ein Strafverfahren. Die Vorgänge bedauern ich, weil sie keinen großen Reizgrad zeigen. Die sozialistischen Parteien sollten noch mehr darauf sehen, Elemente, die zu Ausschreitungen reizen, von ihren Versammlungen fernzuhalten. Vor 2 1/2 Jahre in Baden politisch mitgelebt hat, wird nicht sagen können, daß Vorwürfe, wie sie von Abg. Wager gemacht wurden, berechtigt sind. Es wurden doch schon wiederholt im Landtag Interpellationen behandelt, in denen dem Minister der Vorwurf gemacht wurde, zu scharf vorgegangen zu sein. Dem Ministerium ist von einer Verurteilung nichts bekannt. Aber schon eine solche Annahme seitens der Linksparteien zeigt, in welcher Geisteshaltung diese Herren sind.

Bei dem Verbot der Regimentsfeste stütze sich die Regierung auf die Erfahrungen bei der Regimentsfeier der 110er in Heidelberg. Dort wurden die Strafen mit den Vorgesetzten des früheren Kaisers geschildert. Die Feste werden zugelassen, wenn die Erregung sich gelegt und die Verantwortlichen die Gewähr leisten, daß sie nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Der Minister verweist das Schreiben eines Offiziers aus Karlsruhe, der zur Teilnahme an einem Regimentsfeste in Ulm eingeladen war, wobei das Anlegen der Orden und Ehrenzeichen verlangt wurde und außerdem das Spielen des Hohenzollernmarsches angeknüpft war. In Heidelberg wurde ein Kreuzband abgelegt und dann die Nationalhymne gespielt. In Zukunft wird die Regierung verhindern müssen, daß Festlichkeiten, die gegen die Republik gerichtet sind, abgehalten werden.

Die „Süddeutsche Zeitung“ erscheint in Stuttgart. Die badische Regierung konnte somit nicht zugunsten der „Süddeutschen Zeitung“ bei der Reichsregierung vorstellig werden. Die „Süddeutsche Zeitung“ legte ja gar keinen Wert darauf, bei der badischen Regierung Schutz zu finden. Es lag für die badische Regierung kein Anlaß vor, etwas für das Blatt zu tun. — Die badische Regierung hatte gar keinen Anlaß, sich anders zu stellen gegenüber der Reichsregierung als sie es getan hat. Die Erregung in Deutschland mußte sich steigern, wenn man sieht, wie die große Organisation der Hecke sich in einem Maß ausdehnte, daß man nur von einer Weltanschauung sprechen konnte. In München wurden Lastwagen von Affen von Weisheimbüden weggeführt, die bis in die jüngste Zeit hinein wirkten. Wie groß diese Organisation ist, geht aus folgendem hervor: Die badischen Kriminalbeamten führten am 8. August nach München, stellten die Anwesenheit des einen Mörders Erzbergers, Schulz, fest; sie führten dann nach Ulm zurück, und am nächsten Tage war Schulz mit einem Kraftwagen verschwunden. Die Herren von der rechten Seite haben keinen Anlaß, sich aufs hohe Ross zu setzen. (Sehr richtig!)

In der förmlichen Anfrage der Deutschnationalen beschwerten sich die Herren, sie hätten in Baden kein Organ, um ihre Meinung öffentlich kund zu tun. Wie reimt sich damit die Fürsorge der Herren für die „Freisinniger Zeitung“ zusammen. Das Verbot gründet sich auf das allgemeine Verhalten des Blattes und auf die öffentliche Herunterziehung eines hohen Beamten eines Nachbarstaates. Das Verbot wurde nicht von der Reichsregierung oder einem Minister des Reiches aufgehoben, sondern von einer Kommission, die zur Prüfung der Verbote eingesetzt wurde; es wurde das Verbot deshalb aufgehoben, weil der Artikel der „Freisinniger Zeitung“ bereits in einem anderen Blatte stand. Die Verurteilung in der Presse muß aufhören, wenn die auch von der rechten Seite des Hauses geforderte Ruhe und Ordnung wieder eintreten soll. Die Reichsregierung und die Länderregierungen haben all die Zeit her immer vorgekommen bekommen, sie seien nur scharf gegen die Kommunisten, liegen aber die Linksparteien gegenüber. Den Festhandelschuh haben die Linksparteien hingeworfen und der Kampf wird ausgefochten werden. Die badische Regierung war bestrebt, nach Raggabe der Gerechtigkeit zu handeln. Und wenn es dabei notwendig war, zu einem Verbot der Regimentsfeste zu schreiben, so war dies aus den Verhältnissen heraus nötig. Es geschah alles, um das Volk über die Unruhe der Zeit hinwegzubringen.

Staatspräsident Trunt:

Der Reichspräsident hatte Anlaß und Grund, jene Verordnung zu erlassen. Selbst der Vertreter der „Süddeutschen Zeitung“, Dr. Scholtz, mußte feststellen, daß an der Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht zu zweifeln sei. Die Voraussetzungen zu jener Verordnung waren durch die Ereignisse gegeben. In den Tagen nach dem 28. August waren die Ordnung und Sicherheit im Reich sehr gefährdet. So wie links wurden auch rechts gerade so gefährliche bolschewistische Agitationen getrieben. (Lebhafter Beifall.) Abg. Wager rief dem Redner Unerschämtheit zu. Gegenüber an Wager: Schöber! Abg. Wager wird zur Ordnung gerufen. Die Unruhe legt sich nur langsam.) Auf Grund der Kenntnis der Verhältnisse hat die Regierung den Schluß gezogen, daß sie gar nichts anderes tun könne, als voll und ganz hinter der Reichsregierung zu stehen. Man hat auch das Schreiben des Staatspräsidenten an den Reichstagsabgeordneten Schöpflin verzerzt wiedergegeben und so entsteht eine falsche Anschauung. Die badische Regierung ist stolz darauf, daß sie nach alter Tradition sich hinter die Reichsregierung und hinter das Reich stellen konnte. (Beifall.)

Es wird in die Besprechung der förmlichen Anfragen eingetreten.

Abg. Dr. Schöber (Str.): Die Freiheit hat ihre Grenzen, die auch in diesem Hause inne gehalten werden müssen. Immer wurde in diesem Hause die Autorität der Geschäftsordnung und

des Präsidenten hochgehalten. Von dieser guten alten Sitte wollen wir in der neuen Zeit nicht abgehen. (Zustimmung.) Und diese Sitte sollte eine Partei um so eher hochhalten; je kleiner sie ist. Der Vorgang von vorhin mag eine Lehre sein. — Ausschreitungen und Ungeheuerlichkeiten werden von uns restlos verurteilt. Man muß sagen, es kann mit Grund der Regierung kein Vorwurf gemacht werden. Der Minister greift mit der gleichen Schärfe ein, ob solche Vorwände sich von links oder rechts ereignen. — Bei den Regimentszusammenkünften muß der politische Standpunkt dabei bleiben, er ist aber auch im Felde oft nicht dabei geblieben. Wenn man aber etwas vorichtig ist, so geschieht das nicht ohne Grund. — Es ist erfreulich, daß die Deutschnationalen hier als Schützer der Pressefreiheit eintreten. Drüben in Bayern besteht der Besetzungszustand, da hätten die Herrschaften sehr gut Gelegenheit, für die Pressefreiheit und die Befreiung der öffentlichen Meinungsäußerung einzutreten. Redner weist im einzelnen die Anwürfe der „Süddeutschen Zeitung“ gegen das Zentrum zurück. Mit welcher Befürchtung muß das Volk erfüllt werden, das die Ausschreitungen der deutschnationalen Presse über die Ermordung von Erzberger auf sich wirken läßt; Redner verliest eine Anzahl dieser Presseäußerungen. Diese Atmosphäre hat es auf dem Gewissen, daß das Blut auf dem Altar des Nationalismus ist. Des weiteren verliest Abg. Schöber eine Anzahl Auslassungen der „Süddeutschen Zeitung“ über gemäßigtere Politiker, besonders über Heinenbach, Birich ufm. Wer so Journalismus treibt, verflucht sich an den Gesetzen der Gerechtigkeit. Daß man am offenen Grab mit dem Haß und Gier nicht einhüllt, das ist das Betrübenste. Die Sprache, die am Grab Trimboms geführt wurde, ist die Sprache der Dürren und Jährlitz. Der Haß gegen Erzberger geht über das Grab hinaus, die Frau des Ermordeten erhält heute noch Hunderte Briefe, in denen ihr Mann aufs gemeinste beschimpft wird. Der ganze Kampf gilt nicht der Person, er gilt der Staatsordnung, die wir geschaffen haben. Die ganze Hege geht darauf hinaus, unsere Führer zu treffen und in den Führern die Sache. Im weiteren Verlaufe der Rede, in der Redner auf Bemerkungen hinweist, die von deutschnationaler Seite bei den letzten Wahlen gemacht wurden, um deutschnationale Kandidaten auf die Zentrumsliste zu bekommen, wird der Abg. Wager nochmals zur Ordnung gerufen.

Staatspräsident Trunt verliest ein Telegramm des Reichslanzlers, in dem dieser das Verbot der Reichsregierung zu dem Unglück in Ludwigshafen-Oppau ausdrückt. — Von der russischen Kolonie in Baden-Baden wird ebenfalls die Teilnahme ausgesprochen.

Abg. Marum (Soz.):

Handelt es sich bei der heutigen Debatte darum, ob die „Süddeutsche Zeitung“ verboten, oder Regimentsfeste untersagt, oder in Heidelberg einige Hoflieferanten über heruntergerissen wurden? Man muß die Zeit, in der die Interpellation eingebracht wurde, mit der Zeit, in der sie behandelt wurde, vergleichen. Damals, als sie eingebracht wurde, glaubten die Deutschnationalen, daß sie das Märchen verbreiten könnten, Erzberger sei von kommunistischen Juden ermordet worden; und besprochen wird die Interpellation in der Zeit, wo feststeht, daß die Mörder Organisationen angehören, die der Deutschnationalen Partei nahesteht. Wenn sich die Deutschnationalen über Beschränkung der Pressefreiheit beklagen, so glaube ich es ihnen nicht, und wenn es die Presse draußen schreibt, so ist es eine gemeine Beschuldigung. In Bayern besteht ja schon 1 1/2 Jahre der Ausnahmezustand; in anderen Teilen des Reiches wurde schon wiederholt der Ausnahmezustand ausgerufen. Haben Sie sich damals aufgeregt?

Wir behaupten es, daß jene Verordnung erlassen werden mußte, weil wir gegen jede Beschränkung der Freiheit sind. Die rechtsradikale Presse ist unmittelbar nach der Revolution sehr zahlreich gewesen; als sie es mit der Angst zu tun hatten. Nachdem sie aber gemerkt hatten, daß in der Republik Demokratie herrscht, da bekamen jene Kreise Mut, und sie wagten sich immer weiter vor, in der Hoffnung, daß die Demokratie in ihrem Gerechtigkeitsgefühl nichts gegen sie unternehme. Wir sind nicht so weit, daß wir vor lauter Demokratie uns von ihnen das Fell über die Ohren ziehen lassen und alles hinnehmen. Es wäre eine Dummheit, wenn wir uns alles gefallen ließen. Wenn die Herren in der Presse, besonders der norddeutschen, nicht gewußt hätten, daß sie dort gleichgestimmte Richter finden würden, sie hätten sich nicht so weit vorgewagt. Der Deutschnationale Lebus, der zum Morde von Erzberger, von Verlach ufm. aufgefordert hatte, erhielt 1000 M. Geldstrafe. Auf dem Untergrund dieser Presse erhandelt die Mörder. Die beiden Leute haben nicht auf eigene Faust gehandelt, sie haben Mithelfer und Mitwisser. Wilhelm Tell lebt in der Geschichte als Held fort und auch die Tat von Friedrich Adler in Wien ist zu verstehen, wenn sie auch zu verabscheuen ist. Tell hat Geschosse erschossen, aber er übernahm die Verantwortung für seine Tat. Adler hat nicht aus dem Hinterhalt geschossen, er hat sich offen zu seiner Tat bekannt und vor Gericht Süßes gefordert. Tell war der Vertreter eines gedrückten Volkes, das er zu befreien suchte; ebenso war es in Wien während des Krieges. Daß aber in der Demokratie die Mörder geduldet werden, die sich nicht anders wehren konnten, als durch Ermordung Erzbergers, das wird selbst der Abg. Wager nicht behaupten wollen. Unser Land wird erst glücklich werden, wenn der Mord, der Einzelmord und der Mord im Kriege, beseitigt sind.

Birich gibt die Antwort des Ministers auf die förmlichen Anfragen des Abg. Wager. Wir mißbilligen die vorgekommenen Ausschreitungen. Wer ehelicher Republikaner ist, der muß Gewalttaten bedauern, der muß aber sich freuen, daß die Hoflieferantenfester beseitigt werden. Wir müssen auch nach außen hin als Republikaner uns zeigen. — Bezüglich der Regimentsfeste billigen wir den Standpunkt des Ministers. Auf die Dauer brauchen diese Feste nicht zu unterbleiben. Die Teilnehmer sind meist von der besten Art. Aber von einer Zentrale aus im Reich werden diese Feste zu bestimmten monarchischen Zwecken mißbraucht. In Freiburg fand ein Tag des Artillerieregiments 76 statt, an dem auch der frühere Großherzog teilnahm. Auch dieses Fest wurde zu monarchischen Zwecken mißbraucht. Es ist ein gefährlicher Vorden, auf den sich der Großherzog begibt, wenn er sich zu solchen Anhebungen verhalten läßt. Wir wünschen nicht, gegen den früheren Großherzog uns zu wenden, aber wenn er nicht die gebotene Zurückhaltung übt, müssen wir es tun.

Wer die Verordnung des Reichspräsidenten liest, der wird, wenn er anfängliche Politik treiben will, nichts dagegen einzuwenden haben. — Daß die „Freisinniger Zeitung“ verboten wurde, kann man begreiflich finden, wenn man liest, in welcher Weise sie den heftigsten Staatspräsidenten angegriffen hat. Die Zeitung des Blattes ist um so schlimmer, wenn man weiß, daß der Redakteur vor 3 Monaten erst deutscher Staatsbürger wurde, nachdem er bisher Russe war.

Jetzt muß bekannt werden, wer verfassungsmäßig die Entwidlung will, oder wer mit Gewalt Änderungen vornehmen will. Wir sind bereit, mit den bürgerlichen Parteien, die sich auf den Boden der Republik stellen, zusammen zu arbeiten. Aber mit geschraubten, gemündeten Redensarten lassen wir uns nicht abfinden. Eines ist aber notwendig: Schutz der Republik! Die Demokratisierung darf kein leeres Schlagwort sein. Wir verlangen Schutz der Republik gegen alle gegenrevolutionäre Bestrebungen und mittelloses Eingreifen. Hätte man beim Kapp-Putsch mittelloses zugegriffen, dann wären jene Schiffe auf dem Anker vielleicht nicht gefallen. — Wir verlangen Demokratisierung der Verwaltung, der Reichswehr und der Polizei. Unsere badische Polizei ist in der Beziehung sauber. Weiter verlangen wir Erziehung der Jugend in allen Schulen im Geiste

der Republik und der Verfassung. Redner verliest einen Artikel des Freiburger Professors von Below. Dem Manne geschieht für das, was er behauptet, gar nichts. Von dem Manne werden unsere späteren Lehrer, die unsere Kinder unterrichten, ausgebildet. Wenn wir uns vorstellen, daß heute noch die Lehrer und Lehrerinnen Monarchisten sind, daß sie den Kindern die Republik schlecht machen, dann müssen wir sagen, daß wir Esel sind, wenn wir uns das weiter gefallen lassen. Unser zukünftiges Geschlecht muß im Geiste der Republik erzogen werden.

Abg. Dr. Schön (Dem.): Der Grund der Einbringung der Interpellation ist das Bemühen, für den 30. Oktober noch einen politischen Erfolg zu haben. Der Zweck jener Verordnung des Reichspräsidenten war: Schutz der Republik. Die Reichsregierung mußte so handeln; wir haben uns deshalb hinter die Verordnung gestellt. Der „Süddeutschen Zeitung“ ist kein Unrecht geschehen, im Gegenteil, zu viel Ehre. Das Verbot der Regimentsfeste hat zunächst verstimmt gewirkt, aber die Verantwortung für das Verbot tragen jene, die diese Feste mißbrauchten. Wir marnen die politischen Drahtzieher, die die Regimentsfeste mißbrauchten.

Abg. Karl (D.M.): polemisiert gegen den Abg. Schöber. Er verweist auf die Morbidität des Studenten Sand an dem russischen Staatsrat Aokobue, monach auch Verordnungen herauskamen und die Demagogenerfolgungen einsetzten und meint die Fahrt und Arbeit usw. wären heute alle deutschnational! Heute sei es auch so wie vor 100 Jahren, nur seien die Rollen vertauscht. Die Ergeß habe mit den Regimentszusammenkünften nichts zu tun. Die Regierung solle diese nationalen Bestrebungen bilden. Die nationale Bewegung wird sich durchsetzen. Neben den Hoflieferanten gäbe es auch Hofräte, geheime Hofräte; wolle man auch denen ihre Titel nehmen. Man solle das Volk befehlen, daß es die Ausschreitungen unterlasse.

Abg. Dr. Kraus (Soz.):

Die Bewegung in Heidelberg nahm ihren Ausgangspunkt von dem Morde an Erzberger. Und gerade in Heidelberg mußte sich die Arbeiterchaft mehr gefallen lassen an unheimlicher Hege und Beschimpfungen des neuen Systems usw. als in irgend einer Stadt. Es ist nicht wahr, daß irgend Jemand zu Gewalttaten aufgefordert hat. Täglich mußte die Arbeiterchaft all die Beschimpfungen der Republik, der Minister in den Reichsblättern lesen, die am Bahnhof ausgetrieben wurden. Mit keinem Worte haben die Redner bei der Demonstration in Heidelberg verlangt, daß Gleiches mit Gleichem vergolten werden soll. Wir lehnen ab, was Abg. Wager gesagt hat und auch an dem, was nachher geschehen ist. Jeder Student, noch Offiziere waren bei der Demonstration zu sehen. Es war wie am 9. November 1918. Da sind sie wüthend zu den Soldatenräten gekommen, haben um Wachen vor ihren Zimmern gebeten und sich auf den Boden der Tatfachen gestellt. Es sind gar keine Ausschreitungen vorgekommen, wie sie im Lande erzählt werden. Das „Heidelberger Tageblatt“ hat den Schwindel von schweren Ausschreitungen und Verhaftungen in die Welt gesetzt. Die Verantwortlichen der Demonstration waren froh, daß es damit abging, daß nur einige Schüler abgenommen wurden. Die Arbeiterchaft ist schon wiederholt aufgerufen worden; man muß es psychologisch verstehen, daß die Erregung immer größer wird, wenn die Arbeiter dann sehen, daß mit der Republik Schindluder getrieben wird. Die „Badische Post“ ist lange genug gewarnt worden, das Blatt, das Arbeiterfrauen als Dirnen bezeichnete. Wir haben die Herrschaften keinen Augenblick im Zweifel gelassen, daß, wenn es so weiter geht, es nicht mit dem bloßen Aufruf zu demonstrieren geht, sondern daß wir dann die Arbeiterchaft zur Notwehr aufrufen müssen. Wenn in Heidelberg mehr vorgekommen ist, als anderswo, so tragen jene die Schuld, die systematisch die Atmosphäre geschaffen haben, die Studenten, Galenkreuzer, Antimimen usw.

Die Sitzung wird abgebrochen. Fortsetzung der Beratung Freitag, 23. September, vormittags 9 Uhr. Schluß der Sitzung um 1/2 11 Uhr.

Wer darf zum Landtag wählen

Das Landtagswahlgesetz vom 29. Juli 1920 sagt ausdrücklich, daß nicht nur Badener, sondern alle zur Reichstagswahl berechtigten Reichsdeutschen ohne Unterschied des Geschlechts ihre Stimme abgeben dürfen, wenn sie im Lande ihren Wohnsitz haben.

Wer also in einem badischen Ort seinen Wohnsitz hat, d. h. polizeilich angemeldet ist, am 30. Oktober 1921 20 Jahre alt und in die Wahlkartei aufgenommen ist, wovon sich jeder überzeugen kann, ist stimmberechtigt.

Badische Politik
Geltung der Besoldungsordnung auch für die Gemeindebeamten

Die badische Regierung hat beantragt durch die entsprechenden reichsgesetzlichen Bestimmungen, dem Landtag den Entwurf eines Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vorgelegt. Seine wesentlichste Bestimmung ist, daß für das Land Baden ein Landesdienstverhältnis mit dem Sitz in Karlsruhe gebildet wird. Dieses kann binnen vier Wochen nach der Entschliessung des Ministeriums des Innern angerufen werden. Nach der Angleichung der badischen Besoldungsordnung an das Reich bleibt noch die Durchführung des Besoldungsgesetzes für die Gemeinde- und Körperchaftsbeamten zu regeln. Dem kommt der Entwurf nach. Der Haushaltsausschuß nahm hierzu am Mittwoch vormittag Stellung. Berichterstatter war der Abg. Dr. Lesfer (Dem.). Beanstandung von sozialdemokratischer Seite fand der § 7 des Entwurfs, welcher lautet:

„Die Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften dürfen ihren Beamten und Lehrern nicht Amtsbezeichnungen heiligen, die Staatsbeamten einer höheren Besoldungsgruppe aufnehmen.“

Von bürgerlicher Seite wurde darauf hingewiesen, daß tatsächlich Stadtverwaltungen einzeln Beamten unähnliche Amtsbezeichnungen verliehen haben. Die sozialdemokratische Fraktion aber ist der Ansicht, daß dies zwar zu mißbilligen sei, aber ein besonderer Gesetzesparagraf nicht angebracht erscheine. In diesem Sinne haben sich auch die Organisationen der Städte und der Gemeindebeamten ausgesprochen.

Das Sperrgesetz erfuhr dann im allgemeinen keine günstige Beurteilung; man hofft, daß es im Jahre 1923, wie beabsichtigt wieder aufgehoben werden kann.

Anrechnung der Kriegsdienstzeit für Beamte

Am Mittwoch vormittag erledigte der Haushaltsausschuß nach kurzer Debatte den nächststehenden Heinen Gesetzentwurf:

§ 1. Bei der Berechnung des Ruhegehalts wird zu der in dem Zeitabschnitt vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 wirklich abgeleiteten Dienstzeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft. Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. April 1920 finden nicht statt. Der Entwurf sieht auch für die erhöhte Anrechnung der Kriegsdienstzeit bei den Nichtkriegsteilnehmern eine entsprechende Milderung vor. Dies hat zur Folge, daß die bisher festgesetzten Ruhegehälter, deren Höhe sich nunmehr ändert, neu festzusetzen sind.

Sozialdemokratischer Parteitag

(Dritter Tag. — Ausführlicher Bericht.)

Vormittagsjüngung

Östlich, 21. Sept.

Das Wort zum Bericht über die Finanzlage und Steuerfrage

erhält

Wilmhelm Reit: Unsere Lage ist hofflos und ein Weg zur Befreiung kaum zu finden. Die sichtbare Reichsschuld betrug am 31. März 1921 nicht weniger als 304 Milliarden Mark, davon 86 Milliarden fundierte, 210 Milliarden schwimmende und 8 Milliarden innere Schuld. Hinzu kommen die unsichtbaren Schulden, die Verpflichtungen gegenüber den Auslandsdeutschen, ferner die auf 130 Milliarden geschätzte, und die Wiederaufbaukosten. Dazu die Schulden der Länder bis 7 Milliarden, der Kreise, Gemeinden und Provinzen mit 20 Milliarden und dazu endlich 25 Milliarden Eisenbahnschulden. Glücklicherweise sind diese Schulden Papiermilliarden. Den Wert des deutschen Volkvermögens auch in Papier anzugeben, ist schon wegen der schwankenden Papiermark unmöglich. Das öffentliche und private Vermögen Deutschlands beläuft sich etwa wie vor dem Kriege auf etwa 850 Milliarden. Der schwache Trost, der in dieser Feststellung liegt, wird noch weiter abgeschwächt durch den Anblick des laufenden Staatshaushalts. Der ordentliche Ausgabebedarf für 1921 beträgt rund 60 Milliarden, der außerordentliche (Lebensmittel, Wohnungsbau, Zuschüsse, Eisenbahn- und Post-Defizit) 60 Milliarden. Darin ist aber nur ein Teil der zur Durchführung des Friedensvertrages notwendigen Gelder enthalten; die Gesamtverpflichtung aus ihm beträgt — immer unter Berücksichtigung des jetzigen Kursstandes — mindestens 60 Milliarden Papiermark im Jahre, wozu noch die Besetzung- u. s. w. Kosten, mit mindestens 10 Milliarden hinzu kommt. Einem Gesamtbedarf für 1921 von 158 Milliarden stehen nur 55 Milliarden Einnahmen gegenüber, darunter 4,2 Milliarden neu zu beschaffende Steuern (die Zuckersteuer und 8 Milliarden Reichsmarksteuer).

Gegenüber den demagogischen Geschichtsfälschungen, die immer wieder behaupten, daß Revolution und demokratische Republik die Finanzen zerrütet haben, kann nicht oft genug festgestellt werden, daß der stuchwürdige Krieg und die gewissenlose Finanzpolitik eben jener überführten, aber leugnenden Verbrennen vor allem Helferrichts das Finanzjenseit herbei geführt haben. Gerade durch seine verlogene Kriegsfiananzpolitik, die es den Besitzenden leicht machte, den Krieg wahnwitzig zu verlängern, hat es Helferricht den Feinden ermöglicht, das Meigewicht der Milliarden uns anzuhängen. Nach der Revolution hat dann Helferricht seinen ganzen Ochs auf den Mann konzentriert, der seine verderblichen Verkommenisse nach Möglichkeit gutzumachen versuchte. Ausgerechnet er wurde der Gehhund der den Banditen von Griechenland das Bild vor die Bromming getrieben hat. Würde noch ein Funken menschlichen Gewissens in der Brust dieses Menschen noch sein, dann würde er sich hüten, jemals wieder den Boden der deutschen Volksvertretung zu betreten (Lebhafte Zustimmung).

Die kaum geschaffenen Erbsengerichteten haben die bürgerlichen Parteien alsbald abgedankt und unterwürft, obgleich selbst das steuerliche Frankreich — von England ganz zu schweigen — nur wenig hinter Erbsengerichts Besitztümer zurück bleibt. Aber die bürgerliche Presse heulte über die „Zermalnung des großen Vermögens“. Die Not der Arbeiter, deren Einkommen von der Steuer voll erfaßt wird, kümmerte sie dagegen ganz und gar nicht. — Gibt es noch einen Weg der Befreiung? Wollen wir uns willenlos auf die Bahn Österreichs, Polens und Sowjetrußlands treiben lassen, unsere Last ist grauenvoll. Trotzdem müssen wir endlich versuchen zu leisten, was in unseren Kräften steht. Nur so können wir auf eine Milderung unserer Lasten hoffen. Aber selbst bei einer wesentlichen Milderung, die wir erhoffen und erstreben, kommen wir um die Schaffung großer Einnahmen für das Reich nicht herum. Sonst erliegen wir der Notensflut, die schlimmer wirkt, als die schlimmste Umjahreuer, und den Marktfurz der gleichfalls wie ein riesige Verbrauchssteuer wirkt. Durch Steuern der bisherigen Art oder durch die Steuerpläne Bircks ist eine Sanierung nicht zu erreichen. Durch sie werden die Besitzer der realen Werte unerhöht begünstigt. Das zeigen die fantastischen Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Güter. Die bisherige einseitige Steuererhebung vermehrt die Teuerung, zwingt zu neuen Lohnforderungen, erhöht den Bedarf, der öffentlichen Körperschaften, vermehrt dadurch die öffentliche Schuld und den Notenumlauf, der seinerseits die Mark immer weiter entwertet.

Natürlich werden wir um indirekte Steuern nicht herum kommen, aber auf der anderen Seite muß auch die Besitzbesteuerung erhöht werden. Noch immer fehlt eine scharfe Steuer auf den Luxusaufwand. Die Einkommensteuer muß viel mehr angespannt werden, die lauteften Nationalisten schneiden ihre Riemen aus einer grenzenlosen Spekulation, dem Valuta-Geld und der Devisennot. Kein Helferricht kämpft gegen dieses unproduktive Schwarzvermögen am Markte der deutschen Wirtschaft! Notwendig ist ferner eine Streichung der Angabevorschriften auf die Erbschaftsteuer, ferner einer wirksamen Ausfuhrsteuer. (Sehr wahr!) Die Export-Industrie, die aus unserem Währungssektor enorme Gewinne zieht, kann die volle Ausfuhrsteuer selbst tragen. Wir dürfen es nicht dem Auslande überlassen, Maßnahmen gegen die deutsche Dumping (Unterbieten auf dem Weltmarkt) zu treffen und den Markt abzuschöpfen, den wir uns jetzt entgegen lassen. 45 Prozent der Einfuhr bestehen aus entbehrlichen Luxuswaren. Wir müssen eine aktive Handelsbilanz auch durch Beschränkung der Einfuhr erreichen. Auf der Brüsseler Konferenz hat übrigens die deutsche Regierung durch falsche Vergleichszahlen über die indirekte Steuerbelastung die Entente geradezu amüsiert, die Einführung höherer Verbrauchssteuern von Deutschland zu fördern.

Ohne eine Heranziehung der Schwerte zu ihrem richtigen Schwere kommen wir aus dem Finanzjenseit nicht hinaus. Der Zugriff auf einen Teil der Vermögens-Substanz ist unumgänglich. Das braucht nicht zu geschehen auf dem Wege der Freiwilligkeit oder des Geschenkens, sondern dem Reiche muß das gesetzliche Verfügungsrecht über diese Vermögenswerte eingeräumt werden. (Sehr richtig!) In welcher Form das zu geschehen hat, kann heute noch nicht endgültig entschieden werden. Mit ihrem generellen Angebot gestehen die deutsche Industrie und die deutschen Banken zu, daß sie mehr, viel mehr leisten können, als bisher. (Sehr richtig.) Ihrer Forderung, daß ihr „Geschenk“ auf spätere Steuern angerechnet wird, entgegenen wir, daß das deutsche Volk vom Besitz ein gesetzlich festgelegtes Opfer und nicht einen freiwilligen Vorstoß verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Standpunkt werden wir im Reichstage mit aller Schärfe vertreten. Der Einwand, daß das unter Umständen eine Verschleuderung deutscher Vermögenswerte an das Ausland bedeuten würde, weil äußersten Falls die dem Reiche zur Verfügung gestellten Werte verpfändet werden müßten, ist nicht stichhaltig. Diese etwaige Verpfändung darf nicht regellos erfolgen wie bisher, sondern muß dem Gesetze unterworfen sein. Auf den Einwand, daß das deutsche Wirtschaftsleben einen solchen Eingriff nicht ertragen kann, ist zu erwidern, daß der Besitz nur zu gern geneigt ist, seine Sonderinteressen mit den Interessen des allgemeinen Wirtschaftslebens zu verwechseln. Die deutsche Arbeiterschaft ist klug genug, den Alt nicht abzugeben, auf dem sie steht. Die Erfassung der Schwerte wird in dem Maße notwendig, in dem die Valuta sinkt. Denn in dem gleichen Maße

steigt der Wert dieses Besitzes. Die Besitzsteuern müssen schleunigst erhöht werden. Wir fordern eine erweiterte Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Steuerveranlagung; wir wehren uns gegen jede Rückwärtsbewegung der Reichsabgabenordnung dahin, daß das volle Bank- und Sparlängengeheimnis wieder hergestellt wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß eines Tages die ganze Arbeiterschaft zum Kampfe in der Steuerfrage antreten muß. Es wird sich dann um folgende Frage handeln: Soll der Besitz dem deutschen Vaterlande endlich die Opfer bringen, die ihm seine Wertführer so oft schon während des Krieges angeboten haben, oder soll die Arbeiterschaft vollständig verbittet? Wir werden dem Kampf nicht mutwillig herauszufordern, aber wir werden ihm auch nicht aus dem Wege gehen, wenn er notwendig werden sollte. (Stürmischer Beifall.)

Ueber die Justiz spricht
Kadbruch: Dem Parteitag liegen zahlreiche Anträge vor, die mit starken Worten von der Justiz sprechen. Ich komme von Damberger Juristentag, wo von der anderen Seite gegen die „Verleumdung der Justiz“ Stellung genommen wurde. Ich frage: Ist es eine Verleumdung, daß ein deutscher Staatsanwalt einen wegen Mordversuch Verurteilten — den Kaiserlich Oligarchen, Pfirsichfeld — aus „gesundheitslichen Gründen“ zeitweise aus der Haft entlassen hat, wo jeder weiß, wie schwer es ist, selbst einen tuberkulösen Gefangenen auch nur zeitweise von der Strafe zu befreien? Ist es Verleumdung, daß in Bayern sich noch kein Richter gefunden hat, der die auf zweifelhafter Grundlage beruhenden bayerischen Volksgerichte für Verfassungswidrig erklärt hat? Es ist leider wahr, daß unsere Justiz furchtbar verrotten ist. Es gibt eben Richter, die unsere republikanische Verfassung für einen kurzen bösen Traum halten, und hoffen, eines schönen Morgens plötzlich unter der alten Kaiserherrlichkeit wieder aufzuwachen. Wir verlangen nicht, daß der Richter mit einmalem befehlter Republikaner ist, aber wir fordern, daß der Richter die Republik als historische Notwendigkeit betrachtet, mag sie ihm passen oder nicht. Wir als stärkste Partei dürfen aber nicht nur Kritik üben, sondern müssen auch zeigen, wie es besser gemacht wird. Zwar ist der Richter unabhängig, unabhöbar und unversehrbar, aber die Staatsanwälte sind absehbar und versetzbar. Der Richter ist gewiß unabhöbar, aber die Justizverwaltung hat freie Wahl, wen sie anstellen will und vor der, eine sehr scharfe Anleihe des juristischen Nachwuchses. (Sehr gut.)

Was mit dem Urteil politisch bedenklicher Richter zu geschehen hat, hat uns jetzt das Reichsjustizministerium mit der Nachprüfung der Sondergerichtsberichte gezeigt. Alle solche Urteile müssen auf ihre Revisionsschärftigkeit nachgeprüft werden. An die Unabhängigkeit der Richter laßen wir nicht, aber wir glauben nicht an die Unabhöbarkeit und Unversehrbarkeit der Richter. Warum haben die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, deren Richter nicht unabhöbar und unversehrbar sind, im Volke so starken Glauben? Weil ihr Aufbau im Zeitalter des Klassenkampfes umgestellt ist. Nach ihrem Muster wünschen wir die Arbeitsgerichte eingerichtet zu sehen und wehren uns gegen Bestrebungen, diese Gerichte dem Amtsgerichte anzugliedern. Wir fordern die weitgehende Beteiligung des Laienlements, und zwar sollen die Laienbesitzer nach dem allgemeinen Verhältniswahlsystem gewählt werden. Wir fordern Frauen als Sachverständigen und Geschworene in allen Instanzen. Vor allem aber fordern wir die Vereinfachung der Justiz. Für die bevorstehende Reform des Straf- und Zivilrechts haben wir eine Fülle von Wünschen und erkennen an, daß diese Entwürfe manchen Fortschritt bringen. Vieles muß anders werden und in meinem Antrag enthaltenen Forderungen sollen dafür den Fraktionen des Reichstages und Landtages wertvolle Anregung geben.

Die Resolution Kadbruch hat folgenden Wortlaut:
Unter dem Schutze der richterlichen Unabhängigkeit hat sich in der deutschen Republik eine Justiz erhalten, die sich als ein obrigkeitlicher Fremdkörper im sozialen Volksstaat darstellt. Die Existenz weiterer Volksrechte über den Geist, welchen diese Justiz in fast allen politisch gefährlichen Streitfällen bekennt, hat einen Grad erreicht, der die greifende Notwendigkeit ihrer Umgestaltung als unauflösbar erscheinen läßt. Den Trägern der deutschen Rechtspflege muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nur im Geiste der geltenden Rechtsordnung im Geiste der sozialen und demokratischen Richtung Recht zu finden vermögen, und diesen Geist zum mindesten als eine geschichtliche Notwendigkeit innerlich bejahen. Für hundertjährige Feinde unserer republikanischen Verfassung darf in der republikanischen Justiz keine Stätte sein.

Pflicht der Justizministerien ist es, durch sorgfältige Anleihe des justizamtlichen Nachwuchses, durch tatkräftige Staatsanwälte für die Erneuerung des Geistes in unsere Justiz Sorge zu tragen. Die Justizausbildung muß unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Studien neu geordnet werden. Die vom Reichsjustizminister die Urteile der Sondergerichte, so müssen von den Justizministern der Länder alle Urteile der außerordentlichen Gerichte unter dem Gesichtspunkte möglicher Begnadigung einer Nachprüfung unterzogen werden. Bei der kommenden Justizreform haben die Gerichte, welche sich das besondere Vertrauen weiter Volkstheile erworben haben: die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, als Vorbilder zu dienen, wie die im Zeitalter des Klassenkampfes nahezu unabhängigen Gerichte ausgestaltet sind.

Die Straferichte sind mit Laienbesitzern zu besetzen, die Schöffen und Geschworenen nach der Verhältniswahl zu wählen. Die Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern ist schleunigst durchzuführen. Die seit Jahrzehnten vorbereitete Neuordnung des Strafrechts, des Strafvollzuges und des Strafverfahrens muß an die Stelle des veralteten, auf Vergeltung und Abschreckung abzielenden Strafrechts treten. Todesstrafe und Ehrverlust sind abzuschaffen. Arbeitskraft und Koalitionsrecht ist besonders zu schützen. Die Abtreibungsstrafe ist durchgreifend einzuschränken. Inner völlig rückständiges Ehegesetz muß schnellstens umgestaltet, die Vertragsmäßig vorzuziehene Gleichstellung der unehelichen Kinder baldigst verwirklicht werden. Der Zivilprozeß muß unter sozialen Gesichtspunkten neu geordnet werden, besonders durch Einführung des Güterverfahrens. Verzögert sich die Gesamtreform, so muß die Noellengegebung eingreifen. Achtung vor dem Recht und Vertrauen in die Rechtspflege sind allgemeines Bedürfnis. Nur schnelle und durchgreifende Maßnahmen können sie retten.

Vorsitzender Kadbruch macht dem Parteitag Mitteilung von dem großen Unglück in Oppau bei Ludwigshafen. Bis jetzt sind 700 Tote festgestellt und Tausende verwundet. (Unter großer Bewegung erhebt sich der Parteitag.) Im Namen des gesamten Parteitaggespreche ich allen Opfern dieser bebauernden Katastrophe unser tiefstes Mitleid aus. (Große anhaltende Bewegung.)

In der Debatte erhält das Wort:
Frau Gabe-Hamburg: Wir müssen den Kampf für eine angenehme Lebenshaltung intensiver führen und als Sozialisten eigene Politik der Menschlichkeit machen. Wir haben die Proletenregierung nicht laut genug bekämpft und müssen das nachholen. Wir müssen die Kleinrentner und Invaliden vor dem Untergang retten.
Leb-Frankfurt: Wir fordern ein Reichsfinanzministerium gegen Steuerhinterziehung. Die ganze Bankwelt und Industrie hat die

Freiheit der Devisenpekulation gefordert und steht hinter dieser Spekulation. Jetzt verlangt sie die Wiederherstellung des sogenannten Bankgeheimnisses. Der Juristentag hat einstimmig entschieden, daß die Reichsabgabenordnung nicht zu Gunsten des Reiches, sondern zu Gunsten der Steuerzahler ausgelegt werden muß. Die Finanzreform wird von oben her planmäßig sabotiert. Wenn der Wille und die Furcht dahintersteht, läßt sich auch das Vermögen der Besitzenden in Deutschland innerhalb 4 Wochen feststellen. Die Staatskommissare an der Börse tun nichts gegen die müßigen Ausschreitungen der Spekulanten und der Reichsfinanzhof fällt mit seinem Urteil dem Finanzminister täglich in den Rücken. Wir werden der Steuerhinterziehung nur Herr, wenn wir mit kapitalistischen Methoden durch hochbezahlte Sachverständige Buchhalter und Bankleute, Industrie, Handel und Landwirtschaft bauend kontrollieren lassen. Notwendig ist ferner die Konsolidierung der schwimmenden Schuld, eine neue strenge Devisenordnung und die Unabhöbarkeit der Reichsteile an den Sachwerten. Es ist höchste Zeit, daß wir uns nicht länger von den Kapitalisten nasführen lassen. (Lebhafte Beifall.)

Wieser-Hörsbittel: Die Lage der Gemeinden ist geradezu verzweifelt. Die Zentralisation darf auch in der Reichsfinanzverwaltung nicht überhand nehmen, die Selbstverwaltung muß leben können. Die Finanzämter sind eine kostspielige und unsinnige Einrichtung.

Schwarz-Zweibrücken: Die Fraktion darf keinen Pfennig indirekte Steuern bewilligen, ehe nicht der Besitz mit voller Schärfe herangezogen ist.

Vorsitzender Kadbruch verliest die neueingelaufenen Telegramme über die Explosionskatastrophe in Oppau und teilt mit, daß der Parteivorstand unmittelbar nach dem Einlaufen der ersten Unglücksnachricht eine Sammlung für die Opfer des Unglücks eingeleitet und als erstes 5000 M. gesammelt. (Beifall.) Die ganze Schere des Unglücks lasse sich noch nicht übersehen. (Große Bewegung.)

Frau Wierbicki: Das Steuergeß muß nicht nur die Sachwerte erfassen, sondern auch zur Erzeugung neuer Sachwerte beitragen. Sie muß insbesondere die Landwirtschaft zur Höchstleistung anspornen und den unbedauten Boden nach dem gemeinen Wert erfassen.

Hellmann-Hamburg empfiehlt einen Antrag, der sich gegen die neunjährige Schulzeit wendet. Mit der vierjährigen Grundschule macht das 13 Jahre aus und ist das schwerste Hindernis für den Aufstieg der Begabten aus dem Volke.

Tregner-Breß fordert schnelle Befreiung der unrentablen Zustände in den Gültbezirken, wo zum Teil noch die alten patriarchalischen Verhältnisse herrschen. Hier ist ein Gebiet, wo wirklich praktische Arbeit geleistet werden kann.

Ein Telegramm kündigt für nachmittags die Ankunft des belgischen Genossen Broeders an.

Schluß der Vormittagsjüngung.

Nach der namentlichen Abstimmung über die Resolution des Parteivorstandes wurde u. a. ein Antrag Vogel-Kürnberg angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Parteitag besinnt sich auf die Überzeugung, daß nur eine große einigte Kampforganisation aller geistig und körperlich Schaffenden den Sieg über die Mächte der Reaktion und des Kapitalismus gewinnen kann. Er erstrebt die Wiederherstellung einer einzigen proletarischen Partei, wie sie für ungleichen Spaltung in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestanden hat. Ihre Spaltung hat nicht nur die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Gegner im eigenen Lande geschwächt, sondern auch die Internationale zerissen, deren Wiedervereinigung zum Kampf gegen den völkerverzehrenden Imperialismus und zur Herstellung eines wahren Friedenszustandes notwendiger ist, denn je. Der Parteitag begrüßt daher alle Zeichen einer Wiederannäherung der durch den Streit getrennten Richtungen ebenso, wie er die Treibereien kommunistischer Gewalttäter gegen die Einigkeit als Verbrechen an der Arbeiterklasse verurteilt. Solange sich die organisatorische Wiedervereinigung, die nur durch Vereinbarungen der zentralen Instanzen erfolgen kann, als noch nicht durchführbar erweist, muß die sozialdemokratische Partei ihre volle taktische und organisatorische Selbstständigkeit wahren. In ihrer Stärkung liegt die beste Gewähr für das Erhalten des Einheitsgedankens und für den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus.

Aus der Partei

5. Landtagswahlkreis — Agitationsbezirk Karlsruhe

Öffentliche Versammlungen. Thema: Die politische Lage und die Landtagswahl.

Ottensheim: 25. Sept., nachm. 3 Uhr, Gasthaus zum „Löwen“. Referent: Eisenbahninspektor Birtz-Hoppenweier.

Oberhausen: 25. Sept., nachm. 3 Uhr, Gasthaus zum „Schiff“. Referent: Landtagsabgeordneter Kurz-Grohningen.

Weiler: 25. Sept., nachm. 2 1/2 Uhr, Gasthaus zur „Linde“. Referent: Stadtverordneter Böhringer-Karlsruhe.

Es ist Pflicht der Genossen der betreffenden Mitgliedschaften, für guten Besuch der Versammlungen zu werden.

Das Parteisekretariat: J. A. Oster-Trinitas.

Bulach. Wir machen an dieser Stelle auf die morgen abend in der „Krone“ stattfindende Parteiverammlung aufmerksam. Im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen und die damit verbundene Arbeit muß sich jeder Genosse zur Pflicht machen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Volksgenossen und Gönner unserer Ideen sind freundlich eingeladen.

Niederbühl, 23. Sept. Morgen Samstag abend 8 Uhr findet im Parteilokal zum „Hirt“ eine Versammlung statt, wozu alle Genossinnen und Genossen um ihr Erscheinen ersucht werden, da eine sehr wichtige Angelegenheit zu besprechen ist.

Jugend und Sport

Obergröndach. Am Samstag abend 8 Uhr findet in der „Rose“ eine öffentliche Sportveranstaltung statt, in der Sportgenosse Grimm-Karlsruhe über die „Der Arbeiterport“ sprechen wird. Hierzu sind alle Arbeiter, insbesondere die Sporttreibenden, bestens eingeladen.

Vorturnerkunde der Gruppe Kallatt. Am Sonntag, 25. ds. Mts., morgens 1/2 9 Uhr beginnend, findet im „Badischen Hof“ in Ruggenharm eine Gruppenvorturnerkunde zwecks Vorturnerprüfung statt. Alle Turnvereine und Vorturner der Gruppe Kallatt haben zu erscheinen.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue barometergenaue Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei hartem Wasser und empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Kein schmerzhaftes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Feinblättrige Schäume, hartem im Gebrauch, angenehmer Blick. Preis 1 M. Das Glas die barometergenaue Rasierseife enthält, enthält auch Leosira-Rasierseife.

Laboratorium LEO, Dresden-N. 4.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 23. September.

Geschichtskalender

23. September. 1861 Friedrich Schloffer, unabhängiger Geschichtsschreiber, in Heidelberg. — 1900 Internationaler Sozialistenkongress zu Paris. — 1913 Bengt Lidfors, schwedischer Botaniker, 103. Gesellschaftsmitglied.

Karlsruher Parteinachrichten

Berein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet im „Auerhahn“ ein Elternabend statt. Das Programm enthält musikalische Darbietungen, Rezitationen und turnerische Aufführungen. Zu diesen Veranstaltungen sind unsere Mitglieder und insbesondere deren Eltern freundlich eingeladen.

Der Herbst beginnt

Gestern hat der Sommer von uns Abschied genommen und heute treten wir in die Herrschaft des Herbstes. Nach dem Kalender ist es wenigstens so, in Wirklichkeit gestaltet sich des Sommers Abschied und des Herbstes Anfang zu einem anderen Zeitpunkt, denn die Natur trägt herzlich wenig nach den Daten des Zählers der Jahrestage.

Wenn der Wind über die Stoppelfelder weht, dann rüstet sich der Sommer zum Abschied. Die sonnigwarmen Tage sind dahin, die Abende werden länger und kühler und gar mancher muß seine Garderobe, ob sie den Stürmen und Gebilden des kommenden Winters standhalten wird.

In den Wäldern mischen sich schon die bunten Farben des Herbstes in die grüne Pracht und auf den Wegen raschelt das welke herabfallende Laub um die Füße. Ähren und andere Herbstblumen leuchten noch in verschwenderischer Pracht in den Gärten, aber auch sie gemahnen daran, daß der Sommer nun doch zu Ende geht.

Aber schon ist es doch noch draußen. Der frische Wind, der von den Bergen durch die Täler streicht, macht die Augen blank. In wunderbarer Reinheit breiten sich die Gefilde über uns her. In verschiedenen Gegenden sind die Obstbäume zum Teil schwer behangen, die Früchte lächeln den Wanderer an. Das Herz weitet sich, wenn man sieht, welch herrliche Gaben die Natur spendet. Doch gleich hinterher kommt die Bitterkeit, wenn man bedenkt, daß alle die reichen Spenden der Natur nur für diejenigen da sind, die den notwendigen Mamon dazu haben. Auch hier heißt es: „Am Golde hängt, nach Gold drängt sich alles.“ Jedoch wollen wir uns durch solchen bitteren Beigeschmack die Freude an der Natur nicht nehmen lassen. Die Naturschönheiten können wir noch genießen, denn diese können uns keine Schieber und keine Wucherer nehmen.

Die Agitation für die sozialistische Presse

Ist in den meisten Betrieben in vollem Gange. Die seinerzeitige Verammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zeitigt ihre Früchte. Tagtäglich gehen bei uns Bestellungen auf den „Volksfreund“ in respektabler Zahl ein, wohl der beste Beweis für die flotte Agitation. Von den Betrieben, aus denen besonders zahlreiche Bestellungen eingegangen sind, seien erwähnt: Bad. Leberwerke, Biber-Killischfeld, Faid u. Neu, Brauerei Sinner, Versorgungsamt, Wolff u. Sohn. Außerdem betätigten sich mehrere Genossen in einer Reihe anderer Betriebe sehr anerkanntenswert, so in der Hauptwerkstätte, Maschinenbaugesellschaft, Braunschweig Druckerei usw., sowie der Polizei. All den Braven, die für unsere Presse agitierten, unseren besten Dank.

Wir hoffen, daß der Arbeitseifer weiterhin anhält. Die Parole muß lauten: Heraus mit der bürgerlichen Presse aus Arbeiterwohnungen, hinein mit der sozialistischen Presse, agitiert für den „Volksfreund“!

Die Wählerkarten

Wie uns mitgeteilt wird, nehmen es viele Hausbesitzer mit der Verteilung der Wählerkarten an die Mieter nicht besonders ernst, geschweige denn, daß sie der bürgermeisterlichen Auflage nachkommen, nämlich dafür zu sorgen, daß von jedem Wahlberechtigten eine Wählerkarte ausgefüllt wird.

Wir fordern deshalb diejenigen Wähler, die keine Wählerkarten erhalten haben, auf, dies unbedingt beim Bürgermeisteramt zu melden, da sie sonst nicht in die Wählerliste eingetragen werden und am Wahltag Unannehmlichkeiten zu erwarten haben. Deshalb beschafft euch Wählerkarten, füllt sie aus und übermittle sie dem Bürgermeisteramt!

Für die Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe veranstalten die Freien Gewerkschaften und der „Afa“, S und eine Sammlung. Ein dementsprechender Aufruf an die Arbeiter- und Angestelltenchaft wird morgen erlassen werden.

Et. Sozialdem. Verein — Bezirk Dillstadt. Die Verammlung am Mittwoch war ziemlich besucht. Gen. Kadner sprach über „Das Sozialisierungsproblem“ und erledigte seine Aufgabe in vorzüglicher und sachverständiger Weise. In der Diskussion sprachen sich vier Genossen in zustimmendem Sinne aus. Nachdem noch der Punkt Landtagswahlen besprochen wurde, und auch hier Einmütigkeit herrschte, konnte die anstehende Verammlung vom Vorsitzenden um 10 1/2 Uhr geschlossen werden.

i. Müppurr. Die am Mittwoch abend einberufene allgemeine Arbeiterversammlung der freigeorganierten Arbeiterchaft war sichtlich besucht, besonders wenn man die Zahl der hier anwesenden organisierten Arbeiter in Berücksichtigung zieht. Gen. Dahn bereitete sich in einem einstündigen Vortrag über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und entwickelte ein leicht verständliches Bild der Zusammenhänge derselben. Seine Ausführungen knüpften an die Forderung auf Befreiung der sozialistischen Presse, dem gemäßigten Parteiprogramm des Reichstags. In der Diskussion, in der Anhänger aller drei Richtungen sprachen, wurden die Ausführungen des Referenten von den meisten Anwesenden unterstützt. Nur von kommunistischer Seite erfolgten Angriffe gegen unsere Partei und die Gewerkschaften, die aber von unseren Sprechern wuchtig zurückgewiesen wurden. Von allen Rednern wurde die Lausheit des größten Teils der Müppurrer Arbeiter kritisiert und festgestellt, daß die überwiegende Anzahl noch Refer des „Tagblatts“ oder der „Bad. Presse“ ist, trotzdem diese Blätter die Arbeiterinteressen mit Füßen treten. Und zwar sind es größtenteils solche Arbeiter, die am Bierisch und in Wahn sich sehr radikal gebären und alles kritisieren, sie selbst aber ihre Todfeinde unterstützen. Soffentlich tritt hierin

balb eine Wendung ein. Darum hinaus mit der bürgerlichen Presse, hinein mit dem „Volksfreund“!

Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Faid u. Neu. In der heutigen Generalversammlung wurde der vorgelegte Jahresabschluß einstimmig genehmigt und die Dividende, wie vorgeschlagen, auf 15 Prozent festgesetzt.

Deutsche Plastik des Mittelalters. Dank des besonderen Entgegenkommens des Erz. Ordinariates werden in der Ausstellung der badischen Kunsthalle eine Reihe von Bildwerken allerersten Ranges gezeigt werden, die zum Teil auf heimischem Boden entstanden sind und heute entweder im Erz. Diözesan-Museum oder den Kirchen selbst aufbewahrt werden. Die Ausstellung wird am Sonntag, den 25. September eröffnet werden.

Aus dem Friseurgewerbe. Wie uns die Friseur- und Bürdenmacher-Zwangsgewerkschaft mitteilt, wurde der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch, wonach den Gehilfen und Gehilfinnen auf die Taschelöhne eine wöchentliche Zulage von 50 M. zu bezahlen ist, von der Innungsversammlung angenommen. gleichzeitig erwartet die Innung, daß das Publikum den gesteigerten Verhältnissen Rechnung trägt und die Friseurgeschäfte nach wie vor aufsucht.

Das Haus der Museumsgeellschaft verkauft. Wie das „Tagblatt“ erzählt, ist gestern das Haus der Museumsgeellschaft für 2350 000 M. an die Rhein. Creditbank verkauft worden. Die Rheinische Creditbank will ein großes Geschäftshaus errichten.

„Volksbühne“. Wie schon mitgeteilt, bringt die Volksbühne als Eröffnungsvorstellung des zweiten Spieljahres „Roi, Verndt“, Schauspiel in 4 Akten von Gerhardt Hauptmann, das für Karlsruhe Neuheit ist. Die erste Vorstellung ist auf Freitag, den 14. Oktober festgesetzt. Die Einzeichnungen in die Risten müssen schleunigst vollzogen werden, da die Einzeichnungsfrist am Samstag, den 24. Sept., abläuft. Spätere Bestellungen können nicht auf sichere Belieferung rechnen. Es wird die Besucher interessieren, zu hören, daß auf der Bühne ganz wesentliche Verbesserungen vorgenommen wurden, die die Gesamtwirkung des Spiels bedeutend heben wird. Es wird darüber noch Näheres mitgeteilt werden.

Warnung vor einem Schwindler. In einem hiesigen Schuhgeschäft bestellte gestern nachmittags telefonisch ein Unbekannter 26—28 Jahre alter Mann, 1,75—1,80 Meter groß, mit kurzem schwarzem Schnurrbart, dunklem Anzug, 8 Paar feine Damenschuhe, Größe Nr. 38 und 39, im Werte von 1500 M. in ein hiesiges Hotel zur Auswahl. Die Sendung wurde dem Mädchen, welches sie nach dem Hotel bringen sollte, unterwegs von dem Schwindler abgenommen, worauf dieser mit feiner Beute unerkannt entkommen ist. Auf ähnliche Weise wurden in Freiburg i. B. eine Reihe Geschäfteleute um erhebliche Werte veruntzlicht vom gleichen Täter geschädigt.

Karlsruher Herbstwoche vom 23. Sept. bis 2. Oktober in Karlsruhe Schaufenster-Wettbewerb!

Valuta-Bericht vom 21. September

Markkurs in der Schweiz ca. 5.82 Gts. Auszahlung Holland notierte 84.40 M per 100 Guld.; Schweiz notierte 18.79 M per 100 Fr.; England notierte 405 M per 100 Sterl.; Frankreich notierte 7.68 M per 100 Fr.; Neuyork notierte 108.75 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. September 1921

Vorausichtliche Witterung bis Samstag nacht: Teilweise heiter, morgens vielfach Nebel, trocken, nicht kühl.

Wassersstand des Rheins: Schifferinsel 125, gest. 20; Neßl 203, gest. 26; Ragau 350, gest. 14; Mannheim 210, gest. 4 Zentimeter.

Letzte Nachrichten

Das neue bayrische Ministerium gebildet

Programmrede des Grafen Lerchenfeld

21.9. München, 22. Sept. In der Ausrufung des bayerischen Landtages war Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erschienen. Er unterbreitete dem Haus folgende Vorschlagsliste für die Neubildung des Ministeriums: Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Innern und Minister der Justiz: Graf Lerchenfeld; Inneres: Dr. Schworer; Landwirtschaft und Kultur: Dr. Watt; Finanzen: Dr. Krausend; für die Fürsorge: Oswald; Landwirtschaft; Wüsthofer; Handel, Industrie und Gewerbe: Hamm. — Die bayerische Mittelpartei hat demnach kein Mitglied ihrer Partei mehr im Ministerkollegium; sie ist auch aus der Koalition ausgeschieden.

Nach dieser Mitteilung erklärte Präsident Königbauer, daß er das Einverständnis des Hauses zu diesen Vorschlägen annehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte hierauf die neue Staatsregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld unter dem Beifall des Hauses auf das herzlichste und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten von Nahr, dem er den herzlichsten Dank aussprach. Darauf betrat die neuen Minister den Sitzungssaal, worauf Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in kurzen Strichen sein Programm bekanntgab. Er umschrieb die von ihm vorgesehene bayerische Politik, gedachte der großen Verdienste seines Vorgängers von Nahr und betonte, daß sein wichtigste Aufgabe die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Bezüglich des Verhältnisses zum Reich, habe für ihn die Treue zum Reich unüberbrücklich fest. Er werde bestrebt sein, auch nach der politischen Seite hin das Verhältnis zwischen Reich und Staat auf das Beste zu pflegen. Der dritte große Gedanke, von dem er sich leiten lasse, müsse die soziale Verbesserung sein. Weiter gedachte der Ministerpräsident der pflichtigen Brüder und gab seinem Mitgefühl mit dem furchtbaren Explosionsunfall in Oppau bewegten Ausdruck. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von lebhaften Beifällen begleitet. — Ein Antrag Dr. Silbert (Behr. Volksp.) sofort in die Erörterung über die Regierungserklärung einzutreten, wurde abgelehnt.

Parteienossen und Leser des „Volksfreund“, berücksichtigt bei euren Entzinsen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft mir bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

nehme. Widerspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte hierauf die neue Staatsregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld unter dem Beifall des Hauses auf das herzlichste und gedachte in seinen weiteren Ausführungen auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten von Nahr, dem er den herzlichsten Dank aussprach. Darauf betrat die neuen Minister den Sitzungssaal, worauf Ministerpräsident Graf Lerchenfeld in kurzen Strichen sein Programm bekanntgab. Er umschrieb die von ihm vorgesehene bayerische Politik, gedachte der großen Verdienste seines Vorgängers von Nahr und betonte, daß sein wichtigste Aufgabe die Aufrechterhaltung der mühsam errungenen Ruhe und Ordnung im Staate sein werde. Bezüglich des Verhältnisses zum Reich, habe für ihn die Treue zum Reich unüberbrücklich fest. Er werde bestrebt sein, auch nach der politischen Seite hin das Verhältnis zwischen Reich und Staat auf das Beste zu pflegen. Der dritte große Gedanke, von dem er sich leiten lasse, müsse die soziale Verbesserung sein. Weiter gedachte der Ministerpräsident der pflichtigen Brüder und gab seinem Mitgefühl mit dem furchtbaren Explosionsunfall in Oppau bewegten Ausdruck. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde wiederholt von lebhaften Beifällen begleitet. — Ein Antrag Dr. Silbert (Behr. Volksp.) sofort in die Erörterung über die Regierungserklärung einzutreten, wurde abgelehnt.

Der verurteilte Abg. Fischer-Nürnberg

München, 23. Sept. Der Geschäftsausschuß hat sich gestern nachmittags mit dem Antrag der U.S.P. auf sofortige Freilassung des wegen Hochverrats zu einem Jahr und 3 Monaten Festung verurteilten Abg. Fischer-Nürnberg zu befassen. Der Ausschuß beschloß mit 10 gegen 9 Stimmen die Annahme des Antrages der U.S.P.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich beendet

Wien, 23. Sept. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde der Betrieb auf sämtlichen Bahnen wieder aufgenommen. Die Eisenbahner erhalten eine einmalige Auszahlung von 4500 Kronen; in einem späteren Zeitpunkt soll eine 50prozentige Lohnserhöhung verhandelt werden.

Dr. Bahrs Zahnpulver „No 23“ vom Zahnarzt verordnet, daher das rechte Zahnputtmittel in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien. In Karlsruhe: Drogerie C. Roth, Herrenstraße 28/29, Drogerie R. W. Lang, Kaiserstraße 24, Drogerie W. Tscherning, Amalienstraße 19.

Vereinsanzeiger

- Ab 4. 10.00 bis 1.00 die Jette... Karlsruher Naturfreunde... Arbeiter-Madsfahrerbund... Karlsruher-Mühlburg... Bruchsal... Oberachern...

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Besucht die Volksbühne! Ankunst: Gartenstraße Nr. 4, täglich 5 bis 7 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

- Cheausgebote. Emil Seib von Dieboldsheim... Pirmasens, Kaufm. hier, mit Thelma Rupp von Eotzbach... Friedrich von hier, Rangierer hier, mit Pauline Schobert von Ber... Wilhelm Simon von hier, Kaufm. hier, mit Lina Trischler von Stuttgart... Heinrich Wefsch von hier, Maler hier, mit Lina Roth von Wöhrbach... Eugen Steinert von Strahburg, Holzarbeiter hier, mit Gacilia Haas von Strahburg... Karl Kohl von Mannheim, Feizer hier, mit Vertha Weiß von hier... Sander Wähler von Ternograd, Kaufm. hier, mit Shma Engelatz von Lezajel... August Schuder von hier, Schlosser hier, mit Lydia Hornung von hier... Alfred Wegel von Schönau, Kaufm. hier, mit Gertrud Grieger von Feuerbach... Alfons Schönig von Bettingen, Holz... Feizer in Mannheim, mit Vertha Ulmer von Ulm... Hermann Meib von hier, Eisendreher hier, mit Ida Gerhardt von hier... Friedrich Andrae von Engelstadt, Oberpost-Sekt. hier, mit Rosaline Kobel von hier... Friedrich Hummel von hier, Kaufm. hier, mit Margarethe Klein von Guffrin... Paul Kowel von Oberortersbach, Kaufm. hier, mit Luise Hemminger von hier... August Silber von hier, Tagl. hier, mit Emma Hofmeister von hier... Ad. Wellmann von Heidelberg, Masch.-Fräser hier, mit Elia Schädl... Hammer von hier... Wilhelm Raupp von Büdingen, Techn. hier, mit Emma Aßner von Wimbuch... Theodor Gilling von Basel, Hauptlehrer in Mannheim, mit Hedwig Jester von Trüben... Ernst Kistner von Offenburg, Finanz-Inspe. alda, mit Elise Seeger von hier... Geschicklungen. Karl Kösch von hier, Schneidermeister hier, mit Emma Killes von hier... Friedrich Hotter von hier, Kaufm. hier, mit Alwine Knans von Mannheim... Georg Sauer von Oberjettingen, Metzgermeister hier, mit Luise Hofmann... Wwe. von Mosbach... Julius Ruf von hier, Kaufm. hier, mit Ilse Bach von hier... Wilhelm Schäufele von hier, Metzgermeister hier, mit Luise Gelle von hier... Todesfälle. Anna Richter, alt 53 Jahre, Ehefrau des Professors Max Richter... Anna Wägele, alt 28 Jahre, Witwe von Hermann Wägele, Schreiner... Mathilde Fuchs, alt 72 Jahre, Witwe von Josef Fuchs, Juwelier... Maria Binninger, Köchin, ledig alt 49 Jahre... Elisabeth Feigenhut, alt 77 Jahre, Witwe von August Feigenhut, Hauptlehrer... Christine Guelin, alt 63 Jahre, Ehefrau von Heinrich Guelin, Holz-Führer... Marie Enders, alt 58 Jahre, Witwe von Karl Enders, Kaufm... Kath. Traut alt 77 Jahre Witwe von Konrad Traut Tagelöhner.

Pfannkuch & Co.

Spezialhaus für Lebensmittel
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Karlsruhe-Pforzheim u. Umgebung
Beachten Sie unsere Tagesinserate!

Süddeutsche Discontogesellschaft A. G.

Filiale Karlsruhe
Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

Bankhaus Veit L. Homburger

Karlsruhe, Karistraße 11
Telephon 85, 93, 208, 4836, 4836.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

Stärk- und Hauswäsche jeder Art Wäscherei Bardusch

Filiale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101
Durlach, Schloßstr. 3, Ettlingen, Teleph. 61

Adolf Speck

27 Humboldtstraße 27
Fabrik für Zuckerwaren.

Louis L. Stern & Cie.

Faßfabrik
(Fässer jeder Art und Größe).

Karlsruhe und Berghausen bei Durlach.

Gefährliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Christ. Oertel Kaiserstrasse 101-3
Ornstein & Schwarz Kaiser- u. Kreuzstr. Ecke
Billigste Bezugsquelle für
Wäsche- und Betten-Ausstattungen Herren- und Knabenbekleidung.

Reserviert für die

Lauterberg-Zigarettenfabriken.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal-Heidelberg	Schwetzingen-Mannheim	Ettlingen-Rastatt	Durlach-Durmersh.-Rastatt	Maxau-Pfalz	Eppingen
Vorm. 6:24, Nachm. 12:10	Vorm. 12:00, Nachm. 12:10	Vorm. 12:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10
W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225
6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10
10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Heidelberg-Bruchsal	Mannheim-Schwetzingen	Rastatt-Ettlingen	Durmersh.-Rastatt	Pfalz-Maxau	Eppingen
Vorm. 6:24, Nachm. 12:10	Vorm. 12:00, Nachm. 12:10	Vorm. 12:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10	Vorm. 6:00, Nachm. 12:10
W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225	W455, D225
6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10	6:24, 12:10
10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55	10:45, 11:55

Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs

Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

Karlsruher Lebensversicherung a. G.
vormals Allgemeines Versorgungs-Anstalt-Versicherungsbestand Mitte 1921: 1 Milliarde 500 Millionen Mark.
Jahrgang 1923: 410 Millionen Mark.

„Karl Dietsche“

Butter und Käse — en gros — en detail
Amalienstr. 29 Telefon 120.

Konditorei und Café Karl Kaiser

Karlsruhe, Ecke Douglasstr. vorm. Albert Neu
Tel. 1288.

Konditorei und Café Karl Ringwald

Karlsruhe, Wilhelmstrasse 19 — Tel. 4240.

Geschwister Allmendinger

Schokoladen — Confitüren
Kaiserstr. 140 — Waldstr. 38 — Tel. 3573.

F. Bausback, Weingroßhandlg.

Telefon 1468.

B. Odenheimer

Kirschwasser Weinbrand
Liköre — Obstbrennerei — Karlsruhe I. B.

Alb. Brogli & Co., Lebensmittel

Büro: Viktoriast. 13. Filialen: Am Mühlburger Tor, Mathystr. 35, Adlerstr. 14.

Jos. Schneider, Wurst- und Fleischwaren

Erbprinzenstr. 28. — Telefon 870.

Süddeutsches Zigarren-Haus

Kaiserstrasse Ecke Horrenstr.
Kolosseum-Vorverkauf. — Telefon 3871.

Zigarrenhaus Pat. Best, Spezialhaus feiner deutscher Fabrikate, Kaiserstrasse 113, Ecke Adlerstr.

Kaiserstrasse 5
Telefon 2918

M. Brodführer,

Fahräder — Nähmaschinen — Zubehör — Reparaturen.

Geschw. KNOPF KARLSRUHE
Badens größtes Kaufhaus für alle Artikel des täglichen Bedarfs

Bankhaus Straus & Co.
Friedrichsplatz 1.
Schrüder & Fränkel
feine Mass-Schneiderei.

V. Heupel
Schirmfabrik G. m. b. H.
Regen- und Sonnen-Schirme, Spazier-Stöcke
Kaiserstrasse 201 — Telephon 3866 — Fabrik: Herrenstrasse 44.

Christian Kiefer
Kohlen · Koks · Briquets · Holzkohlen
Karlsruhe i. B.

Hotels, Cafés, Vergnügen
Gastl. z. Gold. Hirsch, Kaiserstr. 129. Altbek. gut bei Speise-restaurant, reichh. Mittags- u. Abendtisch, eig. Schlächterei, tägl. alle Sort. hausz. Wurstwaren

CAFÉ BAUER
Täglich Künstler-Konzert
Violin-Virtuose Dolezel
Bekleidung, Schuhe, Putz

Adolf Stein Nachf.
Inh.: J. Weiss
Spezialhaus für Herren- u. Jünglingsbekleidung
fertig und nach Mass.
Kaiserstrasse 233, Ecke Hirschstrasse
I. Etage — Telephon 1860.

Leonhard Gretz Schneider-Karlsruhe, Marienstr. 27
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 I., 2750 Teleph. 2750
Feine Herrenschneiderei
Sportbekleidung und Livreen
Relchhaltiges Lager in- und Auslandstoffe.

W. Boländer
Spezialhaus für
Bekleidung u. Ausstattung
Eugen Löw-Hölzle
Kaiserstrasse 187
Schuhwaren.

Wilh. Rinkler Fa. Carl Frey, Kaiserstr. 99, Herrenartikel, Teleph. 3228
Emil Feißkohl :: Uhren · Goldwaren
Kaiserstrasse 87

UHREN, GOLDWAREN und TRAURINGE
J. HILLER, WALDSTR. 24
Hürsten, Scheuertücher,
Kerzen für Wiederverkäufer

Spiegel & Wels Nachf., Inh.: Gebr. Hirsch
Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost
Grosses Spezial-Geschäft für beste
Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Mass.

Karlsruhe SPORTEL Durlach
Kaiserstr. 174 Fernspr. 5218
Hauptstr. 30 Fernspr. 20

L. Weingand, Putz- und Modewaren
Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137
Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte

Geschw. Gufmann, Kaiserstr. 122
DAMEN-HÜTE

Gebr. Ettliger
Spezialhaus für Besätze und Spitzen
und sämtliche Zutaten für die Damenschneiderei. Handschuhe, Strümpfe,
:: Wollwaren, Kinder-Ausstattung. ::

Leipheimer & Mende
Spezialgeschäft für
Manufakturwaren

STRUMPF-HAUS
Rudolf Wieser
Kaiserstr. 153 Telefon 740

A. Iwanier, Kriegsstrasse 68, II. Stock.
Manufakturwaren und Ausstattungsartikel zu enorm billigen Preisen

Möbelhaus Gebr. Karrer
Anstellung Ecke Kaiser- und Douglasstrasse (Hauptpost)
Kaiserstr. 109, Karlsruhe-Mühlberg, Philippstrasse Nr. 10

August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658
Kurz-, Weiss-, Woll- und Mode-Waren

Adolf Kahn, Rheinstraße 16
Manufaktur und Weisswaren

An- und Verkauf Levy
Kleider, Hüte, Möbel, Antiquitäten, Schmuckwaren etc.

August Mayer, Karl-Friedrichstraße 6
Weisswaren :: Gross- und Klein-Verkauf

C. Frohmüller, Karlsruhe i. B., handlung
Inh.: Camill Hans Klasterer
Am Ludwigsplatz Telephon 5435.

Lebens- u. Ge nsmittel, Zigarren

Gebr. Hensel
Großschlächtereifleischwarenfabrik
Telephon 71 und 571

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe e. G. m. b. H.
33 Verkaufsstellen für Kolonial-Waren in Karlsruhe und Ettlingen. — 1 Verkaufsstelle für Schuhwaren. — Eigene Bäckerei, Weine, Biere, Holz und Kohlen.

Städt. Fischhalle Karlsruhe
täglich geöffnet
Telephon 4707 und 4680.

„Marellis“ das Merkwort
für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

Otto Mayer
Drogerie, Wilhelmstr. 20, Ecke Schützenstr.

Paul Hügel, Schützenstr. 13
Arbeiterwäsche jeder Art, Manufakturwaren Kurz- Woll- und Wollwaren

Areiz & Co., Gummiwarenhaus
Krankenpflege-Artikel — Linoleum — Wachstuche
Kaiserstrasse 215 Telefon 219

Spezial-Kofferhaus
Geschw. Sämmler
Kronenstrasse 51
Reisekoffer, Lederwaren, Damentaschen, s.w.

C. Garbrecht Inhaber: Carl Vohl.
Spielwaren :: Kaiserstr. 193.

Friedr. Blos, Praktische Geschenkartikel, Leder- und Parfümerien, Kaiserstrasse 104.

Kappes & Kluge, Kaiserstrasse 56.
Damen- und Herrenfrisier-Salon.
Sämtliche Toilettenartikel, Puppenklinik.

Nähmaschinen-Fabrik Karlsruhe vormals
Haid & Neu
Karlsruhe in Baden.
Über 2 Millionen im Gebrauch.
Gegründet 1860. Ca. 1500 Arbeiter.

Franz Mappes, Nähmaschinen, Fahrräder-Reparaturwerkstätte, Kaiserstrasse 172.

Carl Strjeid, Nähmaschinen, Fahrräder.
Kaiserstrasse 99, Telephon 102.

J. Ettliger & Wormser, Karlsruhe / Baden.
Telephon 8, 15, 205, 876. :: Eisen, Eisenwaren und Metalle.

Rosentfeld & Co. Neureuterstrasse 5
Eisen — Metall — Grosshandlung.

J. C. Moser Nachfolg., Kaiserstr. 227.
Spezialgeschäft für Büro- und Schreibwaren. Fernspr. 3172. Verkaufsstellen: Kehl a. Rh., Ludwigshafen a. Rh.

S. Krämer, Möbel- und Bettenhaus
Kaiserstr. 30, Telephon 4283.
Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Diwan und alle Sorten einzelne Möbel. Billigste Preise.
:: Colonic reelle Bedienung. ::

Holz-Gutmann, Kaiserstr. 109
Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen

Möbel, ganze Einrichtungen, Einzelmöbel, Betten
Billigste Preise! EPPLE, Steinstrasse 4.

Gebr. Kaufmann, Furniergrosshandlung,
Gottesauerstrasse 30. Telephon 5429

Fritz Müller Musikalien - Handlung
Instrumente
Kaiserstr. Ecke Waldstr.

1. Allg. Sport-Klub Germania-Sportfreunde Karlsruhe.

Geschäftsstelle: Kapellenstrasse 12.
 Übungsstunden: Dienstag, Freitag: Schwer-Athletik.
 Mittwoch: Leicht-Athletik.
 Damen: Montag und Dienstag.

Samstag, 24. Septbr., abends 7/8 Uhr
Monats-Versammlung im Lokal z. Nußbaum.

F. C. Baden Fußballabteilung
Sonntag, 25. Septbr., nachm. 3 Uhr
Verbands-Spiel in Hagfeld.

6120 Der Vorstand.

Freie Turnerschaft (F.T.) Karlsruhe.

Am Sonntag, den 25. Sept., morgens 8 Uhr beginnend, findet auf unserem Turnplatz an der Linkenheimer Allee ein **Vereins-Wertungsturnen** statt, bestehend aus einem Turnkampf für jugendliche Turner und Turnerinnen, Schützer und Schützerinnen, in 100m-Lauf, Knochenturn, Ballweitwurf, Kugelstoßen und Weichwurf, wozu wir Freunde des Vereins und Angehörige einladen.

5148 Der Turnrat.

Bekanntmachung.
 Wegen Reinigung bleiben die Haupträume des Grundbuchamtes am nächsten Montag, den 26. d. Mts. geschlossen. 2110
 Karlsruhe, 21. Sept. 21.
 Grundbuchamt.

Städt. Freibank.
 Fleischabgabe 2224
 Samstag, 9 bis 10 Uhr:
 Nr. 1201-1200.

KARLSRUHER HERBSTWOCHE 1921

MODEAUSSTELLUNG
Modenschau
 SCHAUSPIEL
 23. 24. SEPT.

Reunion
 MIT TANZVORFÜHRUNGEN 23. SEPT.

Arb.-Frauen- u. Mädchen-Chor
 Karlsruhe
 Mitglied des Deutsch. Arbeiter-Sängerbundes.

Sonntag, den 25. September, mittags 4 Uhr beginnend, findet im Saale „Zur Bathalla“, Angartenstraße **Lieder-Abend** und darauffolgendem Tanz statt, wozu wir die berechneten Mitglieder sowie Freunde und Gönner unseres Vereins mit dem freundlichen Ersuchen um zahlreiche Beteiligung freundlich einladen.

Hüte Sport-Artikel
 Mützen Umformen
 Schirme alter Hüte
 Stöcke

Theodor Zenker
 Kaisersstr. 61
 gegenüber der Hochschule

Hutmacherei

Städt. Ausstellungshalle
 Wegen Auflösung der Städt. Bekleidungsstelle

Total = Ausverkauf.

Wir empfehlen weit unter Preis:

- 150 cm breit blau Cheviot zu Herren- und Anabenanzügen sowie Damentostümen geeignet, per Meter M. 50.- und M. 57.-
- Frauen- und Mädchenmäntel von M. 78.- an
- Frauenkostüme von M. 95.- an
- Frauenblusen, grau Wolle . p. Stück M. 20.-
- Frauenröcke, grau Wolle . . p. Stück M. 40.-
- Herren- und Varschenanzüge, steifig, mit Jansella gefüttert . M. 195.-, 250.- und 350.-
- Männer-Häfer, 1- und Dreifig . . M. 150.-
- „ Westen, grau gestrich, p. Stück M. 35.-
- „ Normalhemden . . p. Stück M. 32.-
- „ Einfachhemden . . p. Stück M. 25.-
- Kinderstiefel, in schwarz und braun, weit unter Preis
- Wolldecken, grau, p. St. M. 25.-, 35.-, 45.-

Städt. Bekleidungsstelle
 Eingang Gartenstraße. 2113
 Täglich geöffnet von morgens 8 bis abends 6 Uhr.

Das Gebo-Seifenhaus
 verschenkt
 erstklassige Feinseifen während der Karlsruher Woche!

Bei jedem Einkauf von M. 25.- erhält jeder Kunde ein Stück feinste Toilettenseife im Werte von M. 2.50 gratis. (Sechs verschiedene Farben und Gerüche.)

Gebo-Seifenspezialhaus Leo Weber, Karlsruhe,
 Kaiserstrasse 36a - Telephon 832
 neben dem „Elefanten“, Haltestelle Kronenstrasse.
 Unsere einzigartig dekorierten Seifenfenster erregen Aufsehen. 6126

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
 Am Freitag, den 23. d. Mts., pünktlich 6.10 Uhr abends, findet im Saale des „Friedrichshofes“ eine **Versammlung** aller in Handel und Industrie beschäftigten Angestellten statt.

Tagesordnung:
 Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber-Verbänden vor dem Landeskommissar.

Wir bitten unsere Mitglieder, recht pünktlich zu erscheinen, da uns der Saal nur bis 7 Uhr zur Verfügung steht. 6140
 Mitgliedsbuch am Saaleingang vorzeigen.

Bund der techn. Angestellten u. Beamten.
 Deutscher Werkmänner-Verband.
 Zentral-Verband der Angestellten.

Deutscher Holzarbeiterverband
 Verwaltung Karlsruhe
 Büro: Hebelstraße 11, II.

Montag, den 26. September 1921, nachmittags 7/8 Uhr, also gleich nach Geschäftsschluss, findet im „Colosseum“, Saal III, Waldstr. 16/18 eine **Mitglieder-Versammlung** mit folgender Tagesordnung statt.

1. Abrechnung vom 2. Quartal
2. Beitragsfrage
3. Durchführung des Tarifvertrags
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
 6116 Die Ortsverwaltung.

Beim alten Bahnhof
 sind **leistungsfähige Geschäfte** aller Art.

Diese laden zur Besichtigung ihrer außer Wettbewerb dekorierten **Schaufenster** höff. ein und bitten bei **Einkauf** um gefl. Berücksichtigung. 6130

Richard Freund, Konditorei und Kaffee
Rudolf Günther, Herren- u. Damen-Friseurgeschäft
Wilhelm Macker, Schuhhaus Badenia
Wilhelm Hege, Feinkosthandlung
Oskar Kirschke, Uhrenhaus
Heinrich Körner, Herrenartikel
Feledrich Töpfer, Zigarrenhaus
Karl Wagner, Tapetenhandlung.

Hauptmarkt
 für **Maß-, Zug- u. Zuchtvieh, Pferde, Ferkel und Geflügel**
 im städtischen Viehhof und in der Gottesauer Kaserne.

Sonntag den 25. September.
 Vormittags 9-11 Uhr: Musterung und Prämierung der Tiere.
 Nachmittags: Ausstellung.

Montag den 26. September.
 Von 9-4 Uhr: Markt.
 Nachmittags 3 Uhr: Preisverteilung in der Reithalle der Gottesauer Kaserne.

Eintrittspreise:
 Sonntag 2 Mark Montag 1 Mark
 Dauerkarten 5 Mark.
 Eingang und Kassen an der Durlacher Allee und Viehhof. 2096

Fässer
 für Wein und Most

Obsteinschlagfässer - Bottiche
 jedes Quantum und jede Größe zu vorteilhaftem Preise, sofort lieferbar.

Fabrik Louis L. Stern & Cie.
 Karlsruhe und Bergheim bei Durlach.
 Telephon 820 Karlsruhe

Gewaschen mit **Dixin**



Henkel's Seifenpulver

Hersteller: **Henkel & Cie Düsseldorf.**

Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Sept. Geflügel-Markt
 in der Reithalle der früheren Artillerie-Kaserne Gottesauer

Verkauf von Rassen- und Schlacht-Geflügel. - Glückshafen. 6138

Gesangverein Liedertafel 1884
 Karlsruhe-Grünwinkel.

Sonntag den 25. September, nachm. 5 Uhr, im grossen Saale des „Kühlen Krug“ 6149

KONZERT
 unter Mitwirkung des **Landhäuser-Quartetts** aus Mannheim und des Konzertsängers **Herrn J. Welker** (Bariton), Mannheim.

Nach Schluss des Konzertes **Tanz.**

Eintritt 3 Mk. Der Vorstand.

Das ganze Jahr hindurch
 Wiederherstellung aller beschädigten **Puppen**

Karlsruher Puppenklinik
H. Bieler Kaisersstr. 223
 zwischen Douglas- und Hirschstraße.

Kroko-Elite-Creme



erhält die farbigen Schuhe in Weichheit, Glanz u. Farbe stets wie neu. In 12 modernen Farben in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Alleinige Hersteller: Rudolf & Helm, chem. Fabrik, Markt. 3241

Für unsere Abteilung 6131

Schaufenster-Dekoration
 suchen wir **1 Lehrling**
1 jüngerer Dekorateur

Hermann Tietz

Tanz-Lehr-Institut
Braunagel
 Nowacksanlage 13

Beginn neuer Kurse
 für Vorgesichrene u. Kurse f. Anfänger.
 Gefl. Anm. d. Jod. z.

Prima 5990

Strickwolle
 1/2 Pfund 0.80 Mark
 Günstige Gelegenheit für Wieder-Verkäufer.

Englmann,
 Hauptpoststraße Nr. 27.

Mehrere gut gehaltene Dünz- u. Mannschäfts-Wäntel und Röcke, gr. Ausm. in Hose, dar. schv. u. gelb. f. w. Ankleiden, Reize und Schürstüchel sehr billig abgegeben bei

Weyland 6080
 Effenweinstrasse 32 II.

Billig abgegeben:
 4 Herren-Röcke, neu, Grösse 46, 48 u. 50, M. 120, 220 u. 285, Goethestr. 31 IV
 5. Einig. v. nachm. 3 Uhr ab.

Pranckuch & Co

Einige Waggons
Bodensee-Obst

Apfel
 u. Birnen
 1.60
 bei 5 Pfund
 1.55

Pranckuch & Co